Annener Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Anzeigegebühr für die einspaltige 1 mm hohe u. 36 mm breite Zeile für Platzanzeigen im Verbreitungsbezirk 8 Pf., auswärtige, amtliche u. finanzielle 10 Pf. **Reklamezeile** 1 mm hoch und 76 mm breit 30 Pfg. **Bezugspreis** wöchentlich 55 Pfg. (Durch die Post bezogen monatlich 2.50 Mk.) Geschäftsstelle: **Stockumerstraße 23. — Telefon No. 3134.** Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Küching.

verbunden mit der „Annener Volkszeitung"
Anzeigenblatt für Witten-Annen
und die Stadtteile **Stockum** und **Düren.**

Inserate finden bei der großen Auflage der „Annener Zeitung" weite und billige Verbreitung. — Bei gerichtlicher Beitreibung oder bei Konkursen kommt jeder Annoncenrabatt in Wegfall.
Für die Aufnahme der Anzeigen an vorgeschriebenen Plätzen übernehmen wir keine Gewähr.
Rotationsdruck und Verlag von **Fritz Küching, Witten-Annen.**

Nr. 279. **Freitag, den 27. November 1931.** **47. Jahrgang.**

Die hessischen NSDAP.-Proklamationen

Amtliche Darstellung der Haussuchung in Hessen.

„Die Echtheit der Dokumente außer Zweifel".

Darmstadt, 26. November. Amtlich wird mitgeteilt: Die gestern nachmittag bei verschiedenen führenden Persönlichkeiten der nationalsozialistischen Partei, Gau Hessen, durchgeführten Haussuchungen, die sich auf die Nachprüfung der in den Besitz des Oberreichsanwaltes gelangten Notverordnungen der illegalen nationalsozialistischen Regierung und andere Schriftstücke erstreckten, haben in vollem Umfange zum Erfolg geführt. Die Echtheit der Dokumente steht nunmehr ebenso außer allem Zweifel, wie die Tatsache ihrer Abfassung durch Gerichtsassessor Dr. Best und Komplizen.

Der Oberreichsanwalt sagt:

„Der Tatbestand des Hochverrats noch ungeklärt."

Leipzig, 26. Novbr.

Der Oberreichsanwalt Dr. Werner gibt dem Vertreter der Dll. über seine Beziehungen zu den Darmstädter Vorfällen folgende Darstellung:

„Das Vorgehen der Darmstädter Polizei ist nicht auf meine Veranlassung hin geschehen. Wie die Polizeibehörde zur Kenntnis des Verdachts strafbarer Handlungen gelangte, ist hier noch nicht bekannt, wie ich auch über das Ergebnis der bisherigen Ermittlungstätigkeit in Darmstadt amtlich noch nicht unterrichtet bin. Ich hatte gestern eine Unterredung mit dem preußischen Innenminister in Berlin, die auf Einladung des Ministers hin erfolgte, und bei der mir das Schriftstück vorgelegt wurde, in dem der Versuch des Hochverrats erblickt wird. Dieses Schriftstück soll von Best herühren. Dazu gab ich den Rat, als Beweismittel wenigstens die Schreibmaschine des Best zu beschlagnahmen, mit der das Schriftstück hergestellt worden sein soll. Das wird inzwischen geschehen sein. Ich ließ ferner dem preußischen Innenminister raten, seine Absicht, die Presse in großem Ausmaße zu unterrichten, zunächst nicht auszuführen, weil die Untersuchung empfindlich gestört werden könnte, wenn wirklich der Tatbestand des Hochverrats vorläge. Ob das der Fall ist, muß noch geklärt werden. Soweit das Schriftstück Best' als Stütze zur Feststellung des Tatbestandes in Betracht kommt, handelt es sich doch offenbar um Maßnahmen, die sich gegen eine auf Grund der jetzt geltenden Verfassung im Amte befindliche Regierung nicht richten. Vielmehr ist vorausgesetzt, daß eine solche legale verfassungsmäßige Regierung gestürzt und durch die Herrschaft der „Kommune" ersetzt sei. Diese ungesetzliche „Kommuneherrschaft" sei dann abgelöst durch die Nationalsozialisten, und erst dann sollen die Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ordnung, Sicherheit und Ruhe in Kraft gesetzt und durchgeführt werden. Ob die weitere Untersuchung der Angelegenheit einen andern Tatbestand ergibt, bleibt abzuwarten. Zur Zeit wird der Wirtschaftsreferent Dr. Schäfer im Reichsgericht vernommen. Er ist auf noch ungeklärte Weise von Darmstadt nach Frankfurt am Main gebracht und dem dortigen Polizeipräsidenten übergeben worden, der für Vorfälle in Darmstadt keineswegs zuständig ist. Dieser Frankfurter Polizeipräsident hat den Dr. Schäfer dann nach Berlin ins preußische Innenministerium bringen lassen, und von dort erst ist mir Mitteilung über die Vorfälle in Darmstadt gemacht worden. Ich kann nicht in Aussicht stellen, daß über das Ergebnis der Vernehmung Schäfers von mir Auskunft gegeben werden kann."

Erklärung der Parteileitung.

München, 27. November.

Die Pressestelle der Reichsparteileitung der NSDAP. erklärte zu der Angelegenheit der im Braunen Haus in Darmstadt vorgenommenen Haussuchung, es handle sich, wenn wirklich belastendes Material gefunden worden sei, um Fälschungen, jedenfalls um Dinge, mit denen die Partei nichts zu tun habe, von denen sie noch keine Kenntnis gehabt habe, die sie aber auch für ausgeschlossen halte.

Eine eingehendere Stellungnahme der Parteileitung sei erst möglich, wenn ihr selbst die bis jetzt noch fehlenden Unterlagen vorliegen. Diese Stellungnahme der Parteileitung sei noch zu erwarten.

Am Schlusse der Erklärung wird — wie bei früheren Gelegenheiten — nochmals betont, daß jedes Parteimitglied, das sich mit illegalen Dingen beschäftige, aus der Partei ausgeschlossen werde.

✣

Wie aus einer weiteren Veröffentlichung der Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. hervorgeht, rückt diese ganz energisch von dem Inhalt des Dokuments und von dessen Verfassern ab, falls sich das Dokument nicht als eine Fälschung oder gar als Spitzelarbeit herausstellen sollte. Wenn es echt wäre, so würde es sich doch immerhin nur um eine Privatarbeit handeln, die allerdings schon in der Sinnlosigkeit ihres Inhaltes den Stempel marxistischer Spitzelarbeit trage. Die Parteileitung könne unmöglich für private Stilübungen ihrer fast 800 000 Mitglieder verantwortlich gemacht werden. Vor wie nach stehe die Parteileitung zu ihrer Beteuerung der Legalität. Es wird noch mit der Veröffentlichung einer eingehenden Erklärung seitens der Parteileitung der NSDAP. gerechnet.

Eine Gegenerklärung des hessischen Innenministers.

Darmstadt, 26. November. Der hessische Innenminister Leuschner gibt zu der von der Telegraphen-Union verbreiteten Darlegung des Oberreichsanwalts von den Vorgängen in Hessen eine Erklärung ab. Er habe, so sagt er, die Erklärung des Oberreichsanwalts, die heute mittag durch die Telegraphen-Union verbreitet wurde, zunächst für eine Mystifikation gehalten, da sie in wichtigen Teilen mit den geführten Besprechungen nicht zu vereinbaren sei. Nachdem ihm aber bestätigt wurde, daß tatsächlich diese Erklärung vom Oberreichsanwalt stamme, sehe er sich zu folgenden Feststellungen gezwungen:

Dr. Schäfer habe sich unmittelbar an den Frankfurter Polizeipräsidenten gewendet, der über diese ihm amtlich zur Kenntnis gekommenen Vorfälle pflichtgemäß dem preußischen Innenministerium berichtet habe. Das hessische Innenministerium habe erst mittelbar und zu einem späteren Zeitpunkt von den Mitteilungen des Dr. Schäfer Kenntnis bekommen. Der Oberreichsanwalt behaupte, das Vorgehen der Darmstädter Polizei sei nicht auf seine Veranlassung hin geschehen, führe aber dann selbst aus, daß er bei der Unterredung im preußischen Innenministerium den „Rat" gegeben habe, als Beweismittel „wenigstens" die Schreibmaschine des Best zu beschlagnahmen. Lediglich dieser „Rat" des Oberreichsanwalts sei von der Polizei durchgeführt worden. Die durchgeführten Haussuchungen dienten lediglich dem Zweck der Sicherstellung solcher Beweismittel.

Parteiamtliche Untersuchungen gegen die belasteten nationalsozialistischen Führer in Darmstadt.

Darmstadt, 26. November. Wie die Gauleitung der NSDAP. in Darmstadt mitteilt, wird von der Parteileitung eine Disziplinaruntersuchung gegen die in der Oeffentlichkeit genannten Führer der Partei wegen eventueller Beteiligung an einer illegalen Bewegung eingeleitet werden. Zunächst wird aber das Ergebnis der behördlichen Untersuchung abgewartet.

Die NSDAP. wird untersuchen.

Eine Legalitätserklärung Göhrings an den Reichsinnenminister.

Berlin, 27. November.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Göhring hat im Auftrage des Parteiführers Hitler im Zusammenhang mit den Vorgängen in Hessen dem Reichsinnenminister Groener folgende Erklärung übermittelt:

„Die Nachrichten über angebliche Hochverratshandlungen der Partei in Hessen sind der Parteileitung erst durch die Presse bekanntgeworden. Die Reichsleitung sowie die maßgebenden Parteistellen haben damit nicht das geringste zu tun. **Die Reichsleitung steht nach wie vor auf ihrem oft genug zum Ausdruck gebrachten und beschworenen Standpunkt strengster Legalität. Sie wird die Vorgänge in Hessen untersuchen und gegen jeden, der nicht die Weisung der Legalität befolgt hat, rücksichtslos vorgehen und ihn aus der Partei ausschließen."**

Der „Nationalsozialistische Parlamentsdienst" auf drei Monate verboten.

Berlin, 26. November. Der Polizeipräsident von Berlin hat am heutigen Donnerstag auf Grund der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 10. August 1931 die periodische Druckschrift „Nationalsozialistischer Parlamentsdienst" (NSDAP.), das Mitteilungsblatt der Reichstagsfraktion der NSDAP., mit sofortiger Wirkung bis zum 24. Februar 1932 verboten. Das Verbot erfolgte wegen der in der Ausgabe vom 23. November wiedergegebenen Kleinen Anfrage des Abg. Kube unter der Ueberschrift „Noch immer Ausnahmebestimmungen gegen die NSDAP.". Diese Kleine Anfrage stelle den Versuch einer terroristischen Zersetzungspolitik in der Beamtenschaft dar.

Erneute Durchsuchung des „Braunen Hauses" in Darmstadt.

Darmstadt, 26. November. Am heutigen Donnerstagnachmittag haben erneut Durchsuchungen im „Braunen Hause" in Darmstadt stattgefunden. Die Polizeibeamten beschlagnahmten verschiedenes Material, das zur Zeit noch gesichtet wird. In der Hauptsache handelt es sich um Briefwechsel der Gauleitung mit den Ortsgruppen in Hessen.

Assessor Dr. Best unauffindbar.

Berlin, 26. November. Im Zusammenhang mit den Berichten über das Ergebnis der Haussuchungen bei den Führern der hessischen Nationalsozialisten melden die Blätter, daß Assessor Dr. Best seit gestern abend nicht mehr aufzufinden ist. Er sei in Urlaub gegangen, ohne sich von seinem Vorgesetzten zu verabschieden.

Die NSDAP. verklagt die „Münchener Post"

München, 26. November.

Die Pressestelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei teilt mit:

Gegen die in Nr. 273 der „Münchener Post" vom 25. November unter der Ueberschrift „Vorbereitungen zur Nazi-Bartholomäus-Nacht" veröffentlichten unwahren Behauptungen ist der „Münchener Post" seitens der NSDAP. die Aufforderung zur Berichtigung nach Paragraph 11 des Pressegesetzes zugestellt worden. Rechtsanwalt Dr. Frank II (München) ist mit der Klagestellung gegen die „Münchener Post" beauftragt worden.

München, 26. November. Der Artikel in der „Münchener Post" vom 25. November, der die NSDAP. zur Klageeinreichung veranlaßt hat und der die Ueberschrift trägt „Vorbereitungen zur Nazi-Bartholomäus-Nacht", enthält eine Liste von Personen mit Namen und Adressen, die angeblich bei der Machtübernahme durch die NSDAP. in einer „Nazi-Bartholomäus-Nacht" durch genau vorbezeichnete Sturmabteilungen umgebracht werden sollten. Auf der Liste steht u. a. der Name des Abg. Auer.

Reichstagseinberufung abgelehnt.

Berlin, 26. November. Der Aeltestenrat des Reichstages erneuerte am Donnerstag seinen früheren Beschluß, wonach in solchen Fällen, wo Ausschußvorsitzende von Parteien gestellt werden, die sich nicht an den Arbeiten beteiligen, deren Funktionen von den stellvertreten Vorsitzenden übernommen oder vom Ausschuß [illegible] neue Vorsitzende gewählt werden können.

Für die Verteilung dieser Ausschußsitze wurde ein neuer Schlüssel nach den inzwischen veränderten Fraktionsstärken festgesetzt. Für die Parteien, die an den Arbeiten gegenwärtig nicht teilnehmen, sollen Sitze offengehalten werden.

Ferner lag ein Antrag Torgler (Komm.) vor, den Reichstag für Mittwoch einzuberufen. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten und die Deutschnationalen, während die Nationalsoz. überhaupt nicht vertreten waren. und die Deutsche Volkspartei, sowie die Wirtschaftspartei sich der Stimme enthielten, um zunächst ihre Fraktionen zu befragen. Infolgedessen fand der Antrag keine Mehrheit. Die Kommunisten werden ihn aber erneuern.

Ueber die Anträge auf Herabsetzung der Diäten für die Abgeordneten fällte der Aeltestenrat keine Entscheidung, weil eine Aenderung des Deätengesetzes nur vom Reichstag selbst vorgenommen werden kann.

Severing gegen Winnig.

cnb. **Berlin,** 26. Novbr. Der preußische Minister des Innern Severing hat, wie die Blätter erfahren, gegen den früheren Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, August Winnig, ein disziplinares Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil Winnig einen Vortrag auf einem nationalsozialistischen Schulungskursus in München gehalten hat.

Aufsehenerregende Kammerrede Lavals. — Kein Nachgeben.

Paris, 26. Novbr.

Am Donnerstagnachmittag hat Ministerpräsident Laval eine große politische Rede gehalten, in der er sich zum Teil in sehr scharfen Worten über Deutschland äußerte. Vor allem verdient hervorgehoben zu werden, daß Laval ganz ausdrücklich die Achtung vor den Verträgen forderte, von der er die Wiederherstellung des Vertrauens abhängig mache. Ferner unterstrich er, daß die neue Tributregelung nur für die Dauer der Krise gedacht sei, daß Frankreich nur auf eine Herabsetzung der Zahlungen eingehen werde, wenn Amerika das gleiche tue, und daß Frankreich nicht daran denke, sein Recht auf die ungeschützten Zahlungen preiszugeben. Laval erklärte weiter, daß die deutschen Privatschulden vor den politischen Schulden keinen Vorrang genießen dürften.

Ministerpräsident Laval führte in zeitlicher Reihenfolge die einzelnen politischen Vorgänge seit der Verkündung des Hooverfeierjahres an. Das Hoover-Moratorium habe die großen Hoffnungen nicht erfüllt, die der amerikanische Präsident darauf gesetzt hatte. Die allgemeine Krise der Weltwirtschaft habe sich im Gegenteil verschlimmert und besonders in Deutschland schwere Ausmaße angenommen. „In Paris habe ich", so führte Laval weiter aus, „über eine Stunde unter vier Augen mit Dr. Brüning gesprochen. Ich kann Ihnen nicht schildern, wie ergreifend diese Unterredung war. Wir haben beide Möglichkeiten geprüft, die gegenseitigen Beziehungen unserer Länder zu verbessern, und ich entsinne mich noch, wie der Reichskanzler mir die Frage vorlegte, ob denn diese Tragödie zwischen Frankreich und Deutschland ewig dauern solle. An dem Tage, an dem auf der andern Seite des Rheins die nationalistischen Kundgebungen aufgehört haben, werden die Ereignisse auf die Frage des Reichskanzlers antworten. In London haben wir dann versucht, der finanziellen Notlage Deutschlands beizukommen und sind uns dabei über die Verlängerung der kurzfristigen Kredite einig geworden." Laval ging dann auf seine Berliner Reise ein und unterstrich die herzliche Aufnahme, die ihm durch die Bevölkerung und die Regierung zuteil geworden sei. Er erinnerte an die Bildung des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses, von dem man allgemein eine Verbesserung der Beziehungen erwarte. Seine Washingtoner Reise habe große Hoffnungen aufkommen lassen. „Frankreich hat bei dieser Gelegenheit die beste Propaganda gemacht. In Amerika ist man sich über unsere Lage nunmehr vollkommen im klaren. Man kennt unsere Sorgen, unsere Opfer und unsere steten Bemühungen in bezug auf die Abrüstung (!). Wir haben lange über die deutsche Krise gesprochen und sind uns darüber einig geworden, daß der Youngplan nach Ablauf des Moratoriums wieder in seine Rechte treten muß. Frankreich wird in Zukunft nicht mehr solchen Schritten ausgesetzt sein, wie sie dieser Schritt des Präsidenten Hoover darstellte. **Unsere Unterredung hat demnach zu positiven Ergebnissen geführt, denn wir haben die Zukunft vorbereitet."**

Laval ergänzte dann diese Erklärungen durch einige Kommentare. „Frankreich", so sagte er, „hat große Opfer gebracht und sich dennoch im Juli bereit erklärt, auf die Dauer eines Jahres auf die Reparationen zu verzichten. Es wäre leicht, den Leichtsinn hervorzuheben, mit dem in Deutschland die Finanzen verwaltet worden sind. Man hat die Schulden mit Anleihen bezahlt, Städte verschönert und die Industrie ausgebaut, und als dann der Zeitpunkt der Rückzahlungen nahte, erklärte man: „Wir können nicht zahlen!"

Zu gleicher Zeit ergehen sich gewisse Kreise im Reich in lärmenden Kundgebungen gegen Frankreich. „Ich weiß nicht", so erklärte Laval unter großem Beifall der Kammer, „was man in Deutschland gesagt hätte, wenn sich gleiche Dinge unter gleichen Umständen in Frankreich vollzogen hätten. Ich habe ein Recht, so zu sprechen, ohne dabei die Würde des deutschen Volkes zu beleidigen".

Zu den kommenden Verhandlungen erklärte Laval, daß Frankreich trotz seiner augenblicklich noch bevorzugten Lage kein Recht habe, sein Geld hinauszuwerfen und verschwenderisch zu sein. „Es gibt Grenzen, die wir nicht überschreiten können. Wenn man uns auffordert, Vertrauen zu haben, so werden wir antworten, daß die Wiederherstellung dieses Vertrauens zuerst von der Achtung des gegebenen Wortes und der Unterschrift abhängt. Wir werden eine neue Zahlungsregelung nur für eine beschränkte Zeit, d. h. für die Dauer der Krise, annehmen. Wir werden einer Herabsetzung der Zahlungen nur soweit zustimmen, als wir von unsern Kriegsschulden befreit werden. Wir werden niemals dulden, daß die ungeschützten Zahlungen angetastet werden, und wir werden nicht zugeben, daß man den privaten Schulden Deutschlands den Vorrang einräumt. „Frankreich" so schloß Laval „dessen Ansehen unvergleichlich ist, hat keinerlei Vormachtbestrebungen, sondern will nur den Frieden und die Zivilisation verteidigen und sicherstellen."

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten wurden von der Kammer mit nicht enden wollendem Beifall aufgenommen. Die Sitzung wurde darauf unterbrochen.

Leinert verzichtet.

Wittmaack-Magdeburg (SPD.) Landtags-Präsident?

vdz. **Berlin,** 26. Novbr. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat in ihrer heutigen Sitzung den Abg. Wittmaack zum Präsidenten des Landtages als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Bartels vorgeschlagen. Der Abg. Wittmaack ist Stadtrat in Magdeburg und im Wahlkreis Magdeburg für die SPD. gewählt. Er steht im 54. Lebensjahr und gehört dem preußischen Parlament seit 1919 an. In einer Erklärung, die dem Nachrichtenbüro des VDZ. aus sozialdemokratischen Kreisen übermittelt wird, heißt es, daß Leinert selbst gebeten habe, von seiner Nominierung Abstand zu nehmen, damit nicht um einer Personenfrage willen die Preußenkoalition gefährdet werde. **Die Fraktion habe einmütig dem Abg. Leinert ihr Vertrauen ausgesprochen.**

Lokales

§ **Witten-Annen,** 27. Novbr.

Die Hausfrau in der Adventszeit.

Zwar sollten wir uns auf die Ankunft des Messias in der Adventszeit vorbereiten, wir sollen die Vorkehrungen für das Weihnachtsfest treffen. Aber wir sollen das mit Ruhe und Besinnlichkeit tun. Die Adventszeit ist ja die Vorbereitungszeit für das Weihnachtsfest, aber sie ist mehr als geistige Vorbereitungszeit gedacht. Die Hausfrau mißversteht den Sinn dieser Adventszeit, oder sagen wir richtiger, sie hält sich im Interesse der Familie verpflichtet, diesen Sinn mißzuverstehen. Wenige Wochen vor Weihnachten bemächtigt sich ihrer eine Tätigkeitswut und ein Hasten, das eine ordentliche Unruhe erzeugt. Sie meint noch eine Fülle von Arbeiten vor dem Feste bewältigen zu müssen. Und gerade jetzt ist die Zeit, da die Hausfrau in allen Familien für Weihnachten „großreinemacht"! Die ganze Wirtschaft wird dabei auf den Kopf gestellt, es ist ein heilloses Durcheinander, die Betten werden ausgeklopft, die Teppiche werden geklopft, die Gardinen werden gewechselt, das Parkett wird neu abgezogen, die Fenster werden geputzt, überall stößt man auf Leitern und auf gefüllte Wassereimer. Und kaum daß diese Tätigkeit überstanden ist, muß die Hausfrau noch andere Vorbereitungen treffen, sie hat noch diese oder jene Weihnachtsüberraschungen anzufertigen. Tante Tina hat sich ein gehäkeltes Kissen gewünscht, der kleine Neffe soll ein Mäntelchen bekommen, die eigenen Kinder wollen auch mit einer selbstgefertigten Aufmerksamkeit bedacht sein, und so geht das weiter. Die letzten Tage vor Weihnachten bringen dann noch eine erhöhte Tätigkeit durch Pfefferkuchenbacken, durch Vorbereitungen in der Küche usw. Die Folge wird in den meisten Fällen sein, daß die Frau nicht nur nichts von der Adventszeit gehabt hat, sondern daß sie überdies noch in den Weihnachtsfeiertagen krank ist. Darum muß den Hausfrauen jetzt schon die Parole gegeben werden: „Gönnt Euch mehr Ruhe vor Weihnachten!" Freilich, es verlangt niemand, daß nun alles drunter und drüber gehen soll, aber zwischen Arbeiten und Ueberarbeiten besteht ja auch noch ein Unterschied! H.

*

Straßen der Zukunft.

Trotz aller lähmenden Konjunktureinflüsse hat seit Beendigung der Inflation der Verkehr einen mächtigen Aufschwung in Deutschland genommen. Man hat im Hinblick auf die amerikanische Entwicklung vielfach ein Zeitalter des Autos angekündigt, in dem fast ein jeder Mensch seinen eigenen Wagen lenken sollte. Das ist vorläufig Zukunftsmusik ohne den richtigen Text. Aber eines ist Tatsache geworden. Der Ueberlandverkehr wächst, die Landstraße gewinnt neben den Schienenwegen wieder an Bedeutung. Die Landkarte Deutschlands und aller europäischer Staaten steht vor gewaltigen Zukunftskorrekturen. Neben Schienensträngen und dem Luftverkehr werden sich die Adern des großen Schnellverkehrs über ganz Deutschland erstrecken und auf die deutschen Städte als wichtige Knotenpunkte einmünden. Diese großen Auto- und Umleitungsstraßen des Schnellverkehrs sind im Entstehen, heute noch auf dem Papier, in einem oder zwei Jahrzehnten aber in wirklicher Ausdehnung. Von Stadt zu Stadt, von Land zu Land werden sich die Schlagadern des Zukunftsverkehrs ziehen und sich bis in die kleinsten Orte und die entferntesten Gegenden verästeln. Wir Menschen von heute können dieses Zeitalter der künftigen Verkehrsmenschen nur ahnen, die dann vielleicht dereinst über unsere Primitivität lächeln werden.

*

Die Ferienordnung
für das Schuljahr 1932/33.

Der Oberpräsident hat nach Anhörung des Provinzialschulkollegiums für alle Schulgattungen in Orten mit höheren Schulen in der Provinz Westfalen die Ferien wie folgt festgesetzt:

Ostern: Dienstag, 22. März (letzter Schultag), bis Freitag, 8. April (erster Schultag) gleich 16 Ferientage. Pfingsten: Donnerstag, 12. Mai, bis Dienstag, 24. Mai, gleich 11 Tage. Sommer: Mittwoch, 27. Juli, bis Dienstag, 6. September, gleich 40 Tage. Weihnachten: Freitag, 23. Dezember bis Mittwoch, 11. Januar 1933, 18 Tage gleich 85 Ferientage.

Schluß des Schuljahres 1932: Dienstag, 4. 4. 1933.

In den Orten des Minden-Ravensberger Landes (Bielefeld, Bünde, Gütersloh, Herford, Lübbecke, Minden, Bad Oeynhausen, Petershagen) sowie in Verleburg und Laasphe gilt folgende Ferienordnung:

Ostern: Mittwoch, 23. März, bis Mittwoch, 6. April gleich 13 Tage. Pfingsten: Freitag, 13. Mai, bis Dienstag, 24. Mai, gleich 10 Tage. Sommer: Freitag, 1. Juli, bis Dienstag, 2. August, gleich 31 Tage. Herbst: Freitag, 30. September, bis Dienstag, 13. Oktober, gleich 13 Tage. Weihnachten: Freitag, 23. Dezember, bis Mittwoch, 11. Januar 1933, gleich 18 Tage, zusammen 85 Ferientage.

Schluß des Schuljahres: Mittwoch, 5. 4. 1933.

In allen Schulen ist am letzten Schultage der Unterricht nach der zweiten Unterrichtsstunde des planmäßigen Vormittagsunterrichts zu schließen.

*

§ **Annen,** 27. November. **(Kein Geld in Briefen.)** Schon werden nach Uebersee die allerersten Weihnachtsbriefe fertiggemacht. Da ist wieder die alte Mahnung am Platze: Versendet kein Geld in gewöhnlichen oder eingeschriebenen Briefen! Immer wieder läßt sich das Publikum dazu verleiten, bares Geld oder Wertsachen in gewöhnlichen oder eingeschriebenen Briefen zu versenden. Es bietet hierdurch ungetreuen Elementen Anreiz und Gelegenheit, sich auf leichte Weise Geld zu verschaffen. Den Schaden trägt in der Regel der Absender. Die einzig richtige Art, Geld zu verschicken, ist die mit Postanweisung, Zahlkarte oder Geldbrief.

— **(Der Zughund im Winter.)** Man nehme für unterwegs eine trockene warme Decke zum Ueberbreiten und auch zum Unterlegen mit (alter Teppich, Kistendeckel), um in den Ruhepausen das Tier warm zu halten. Gleich allen sich im Freien bewegenden Arbeitstieren haben auch die Zughunde im Winter zu ihrer Ernährung mehr Futter nötig als im Sommer. Ein Napf voll warmen, wohlschmeckenden Futters — am besten aus Tischabfällen mit Hundekuchen oder Maismehl vermengt — muß dem Zughund täglich zweimal gereicht werden. Viel lauwarmes Trinkwasser darf nicht vergessen werden.

— **(Warnung vor Auswanderung.)** Es ist den deutschen Auswanderungslustigen allgemein bekannt, daß auch in Südamerika ein Ueberangebot von Arbeitskräften besteht. Eigenartigerweise wird aber vielfach angenommen, daß im südamerikanischen Staate Chile die Anstellungsaussichten für deutsche Arbeitsuchende durchaus nicht ungünstig seien. Anscheinend ist diese Einstellung auf Schilderungen von Auslandsdeutschen zurückzuführen, die vor Jahren in Chile tätig waren und annahmen, daß die günstige wirtschaftliche Entwicklung in diesem Lande angehalten hat. Auch in diesem Lande haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr verschlechtert. Mehrere Salpetergesellschaften haben sich zusammengeschlossen usw. Der Ueberfluß an deutschen Angestellten und Arbeitern ist bereits sehr groß. Die vor kurzem durchgeführte Erhöhung der Steuern und Zölle wird zu weiteren Personaleinschränkungen führen. Es kann daher zur Zeit nicht empfohlen werden, auf gut Glück nach Chile zu gehen, es sei denn, daß Barmittel für den Lebensunterhalt eines ganzen Jahres sowie für die Rückreise zur Verfügung stehen.

— **(Das Central-Theater)** bietet mit seinem jetzigen Programm seinen Besuchern einen abwechslungsvollen Spielplan. Als Tonfilm die köstliche Komödie: „Schneider Wibbel". Die zahlreichen humorvollen Szenen erwecken allgemeine Heiterkeit. Der Film erzählt die Geschichte von einem Schneidermeister in einer rheinischen Provinzstadt, der sich in der Franzosenzeit, 1812, da alles nur auf Zehenspitzen zu gehen wagt, zu einer beleidigenden Bemerkung gegen einen kaiserlichen Beamten hat hinreißen lassen und nun vom französischen Gericht vier Wochen „ins Loch" geschickt werden soll. Er ging aber nicht, sondern bewog seinen Gehilfen gegen klingenden Lohn, die Strafe für ihn abzusitzen. Doch der Ersatzsträfling stirbt im Gefängnis und erhält als Schneider Wibbel ein höchst ehrenvolles Begräbnis, aber für den echten Wibbel beginnen nun die Sorgen. Der Film zeichnet gut die Typen und es gibt viel und oft zu lachen. — Das tragische Schicksal König Ludwigs II. von Bayern zeigt uns der wundervolle Film unter dem gleichen Titel mit dem Schauspieler Wilhelm Dieterle.. Das Beiprogramm bringt u. a. noch einen Wildwest-Schlager. Wir verweisen auf die heutige Anzeige.

* **Annen,** 27. November. **(Erweiterung des Unterrichtes für die erwerbslosen Berufsschulpflichtigen.)** Nie ist die Betreuung der Jugendlichen so dringend gewesen wie im kommenden Notwinter. Es gilt, besonders die männlichen Jugendlichen vor den Gefahren des Müßigganges zu bewahren und sie so weiter zu bilden, daß sie in dem hoffentlich bald kommenden wirtschaftlichen Aufstieg den erhöhten Anforderungen gewachsen sind. Um dieses erstrebenswerte Ziel zu erreichen, hat der Magistrat auf Grund der Ortssatzung für die gewerbliche Berufsschule beschlossen, die Unterrichtsstundenzahl für die erwerbslosen männlichen Berufsschulpflichtigen im Alter von 14—18 Jahren vom 1. Dezember an auf 22 wöchentlich zu erhöhen. Die Unterrichtszeiten werden den Schülern noch in der Schule bekanntgegeben werden. Der Erweiterungsunterricht ist genau so wie der bisherige Unterricht verbindlich. Unentschuldigte Versäumnis wird bestraft. Die Eltern werden hierauf besonders hingewiesen und ersucht, für einen regelmäßigen Unterrichtsbesuch der in Frage kommenden Kinder zu sorgen.

— **(Kauf.)** Die Ehefrau Konrad Lück kaufte von dem Kaufmann Max Buchheister die Besitzung Witten-Annen, Knapmannstraße 10.

B. **Annen,** 27. November. **(Schreber-Gärten.)** Das Stadtbauamt Witten hat ein mehrere Morgen großes Gelände in der Nähe der Kettler-Siedlung, jedoch jenseits der früheren Walfisch-Bahn aufgestellt, um es im kommenden Frühjahr in Gestalt von Schreber-Gärten zu verpachten. Das Gelände, bereits seit mehreren Jahren städtischer Besitz, war bisher an den Landwirt Grundmann verpachtet. Dieser Pachtvertrag war in diesem Herbst abgelaufen. So werden in Witten zum ersten Male Schreber-Gärten in größerer Zahl entstehen. Das Stadtbauamt erfüllt hierdurch einen schon seit vielen Jahren von weiten Kreisen der Bevölkerung gehegten und wiederholt ausgesprochenen Wunsch in dankenswerter Weise.

)(**Annen,** 27. November. **(Kaninchendiebstahl.)** In der Nacht zum 25. d. Mts. wurden aus einem Stall, der sich auf dem Lagerplatz der Firma M. u. G. in Witten-Annen, Kreisstraße, befindet, durch Nachschließen 6 Rassekaninchen — Blaue Wiener — gestohlen, die Eigentum eines bei der Firma beschäftigten Arbeiters sind. Außerdem wurden eine Axt und ein Fuchsschwanz von 1,25 Meter Länge entwendet. Der bzw. die Täter dürften in Kaninchenliebhaberkreisen zu suchen sein, da mehrere, weniger wertvolle Tiere, zurückgelassen worden sind.

— **(Diebstahl.)** Am 25. 11. 1931, gegen 19 Uhr, wurde von einem Fahrrade, das vor dem Hause Eckardtstraße 25 stand, eine schwarze Ledertasche mit 12 bis 16 Paketen Pflanzenbutter, Marke „Adlerperle", von bisher noch unbekanntem Täter gestohlen. In Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, kommt ein etwa 20 bis 25 Jahre alter Mann, der sich z. Zt. des Diebstahls vor dem genannten Hause aufgehalten hat und wie folgt beschrieben wird: 1,70 bis 1,73 Meter groß, schlank, graue Jacke, dunkle Hose, braune Strickweste und blaue Schirmmütze. Personen, die zu den Diebstählen zweckdienliche Angaben machen können, werden gebeten, sich bei der Polizei oder Landjägerei zu melden.

b. **Stockum,** 27. November. **(Winterhilfe.)** Erfreulicherweise sind für die vom evangelischen Frauenverein eingerichtete Winterhilfe schon eine ganze Reihe von Gaben durch die Bezirksfrauen eingesammelt worden. Es konnte dadurch in verschiedenen Familien die größte Armut an Kleidungsstücken und anderen Bedürfnissen behoben werden. Es wird aber immer offenbarer, daß die Not dieses Winters sehr wirksam durch freiwillige Gaben bekämpft werden kann. Darum helfe jeder, der dazu in der Lage ist.

b. **Stockum,** 27. November. **(Auszahlung von Renten.)** Am Sonnabend, 28. November, in der Zeit von 9—12 Uhr, findet im Postamt in Stockum die Auszahlung der Militärrente, am Dienstag, 1. Dezember, in derselben Zeit die Auszahlung der Invaliden- und Unfallrenten statt. Im Interesse der Rentenberechtigten liegt es, die dazu festgesetzten Stunden einzuhalten.

Menglinghausen, 27. November. **(Goldene Hochzeit.)** Die Eheleute Steiger a. D. Wilhelm Bockmühl und Frau, Sophie geb. Rüßmann, am Sturmwald 1 wohnhaft, begingen gestern das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Der Jubilar verlebte seine Jugend in Dorstfeld und kam 1901 nach Menglinghausen, wo er als Steiger auf Zeche „Kaiser-Friedrich" angestellt wurde. Bis zur Stillegung war er dort tätig. Er war Mitgründer des M.-G.-V. „Harmonie" Dorstfeld, dessen Mitglied er noch heute ist. Ferner gehört er dem Evang. Männerverein Eichlinghofen an. Beide Ehegatten erfreuen sich noch verhältnismäßig guter Gesundheit. Zum goldenen Ehejubiläum auch unsere herzlichsten Glückwünsche.

Provinz-Nachrichten

Dortmund, 27. November. **(Kündigungen bei der VEW.)** Nach voraufgegangenen längeren Verhandlungen ist in diesen Tagen bei den VEW. statt der zunächst beabsichtigten Entlassung von 120 Angestellten 65 Angestellten gekündigt worden. Außerdem werden zu den nächst möglichen Terminen im März und Juni 30 Angestellte pensioniert. Diese Maßnahme ist weniger auf die allgemeine Wirtschaftslage zurückzuführen, sie hat sich vielmehr dadurch ergeben, daß das Ausbauprogramm der VEW. durchgeführt ist. Bei dem jetzigen Stand der Kraftwerke sind die VEW. in die Lage versetzt, selbst einer bedeutend höheren Beanspruchung zu genügen. — Die Entlassungen der Angestellten und Pensionierungen erstrecken sich übrigens auf sämtliche Bezirksdirektionen. Dabei entfallen auf Dortmund 35 Entlassungen und 12 Pensionierungen. Es wird sich auch nicht vermeiden lassen, demnächst Arbeiterentlassungen durchzuführen. Auch hierbei handelt es sich um Belegschaften, die nach dem vollständigen Ausbau der Kraftwerke überzählig geworden sind. Bisher ist jedoch über den Umfang der Arbeiterentlassungen noch keine Entscheidung getroffen; vielmehr werden hierüber noch Verhandlungen gepflogen, um Härten so weit wie möglich zu vermeiden.

Bochum, 26. November. (Schwerer Unglücksfall.) Auf der Zeche „Dannenbaum" kam es am Dienstag nachmittag zu einem Unglücksfall, und zwar explodierte ein Rohr. Die Bergleute Ostheide und Karl Brandau erlitten schwere Verletzungen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Worauf die Explosion zurückzuführen ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Schwelm, 26. November. (Erneute Stellungnahme für Besetzung des Landratspostens.) Landrat Dr. Neugebauer teilt mit, daß mehr als ein Viertel der Kreistagsabgeordneten bei ihm den Antrag gestellt haben, den Kreistag abermals zwecks Stellungnahme zur Besetzung des Landratspostens einzuberufen. Der Landrat hat dem Ersuchen stattgegeben und eine Kreistagssitzung auf Freitag, 11. Dezember, angesetzt. Der 1. Punkt sieht die Ausübung des Vorschlagsrechts vor, während der zweite und letzte Punkt die Abnahme der Rechnung der Kreiskommunalkasse für das Rechnungsjahr 1929 umfaßt. In der letzten Sitzung hat bekanntlich der Kreistag auf die Ausübung des Vorschlagsrechts verzichtet und Vertagung beschlossen. Den Vertagungsantrag stellte das Zentrum.

Siegen, 27. November. (Zahlungseinstellung von Siegen-Solingen. Siegen-Solinger Gußstahl-Aktien-Verein in Solingen.) Wie die Verwaltung mitteilt, hat sie gestern ihre Zahlungen eingestellt und strebt ein gerichtliches Vergleichsverfahren an. Die erste Gläubigerversammlung ist auf den 4. Dezember einberufen. Zu dem Unternehmen gehören außer dem Mutterwerk in Solingen das Werk Weyersberg, Kirschbaum u. Co. Solingen und das Stahl- und Eisenwerk Frankleben in Frankleben bei Merseburg. Außerdem ist die Firma im Besitz der Anteile der Heyden u. Käufer GmbH. in Hagen i. W. und Hauptaktionärin der Fr. Aug. Jahn Werkzeugmaschinenfabrik A.-G. in Gera (Thüringen). Die Ursache des Zusammenbruchs liegt, wie mitgeteilt wird, darin, daß infolge des Umsatzrückganges die Betriebskosten nicht mehr gedeckt werden konnten und die Banken weitere Kredite nicht mehr zur Verfügung stellen wollten. Die Bankschulden betragen rund 1,35 Mill. RM. Die Gesellschaft hatte auch erhebliche Verluste in der Kundschaft erlitten. Der Betrieb wird vorläufig mit der alten Belegschaft von rd. 600 Mann in der bisherigen Einschränkung fortgeführt, da noch Aufträge für einige Wochen vorliegen. Der Hagener Betrieb der Firma Heyden, der von Siegen-Solingen unabhängig ist, wird durch die Zahlungseinstellung nicht berührt.

Menden, 26. November. (Opfer der Erwerbslosigkeit.) In einem Anfall von Schwermut hat ein 23jähriger Arbeiter seinem Leben ein Ende gemacht. Seine Angehörigen fanden ihn erhängt in seinem Schlafzimmer auf. Er war schon längere Zeit erwerbslos und empfand sein Los als sehr drückend. Außerdem äußerte er wiederholt, das Leben nicht mehr ertragen zu können.

Essen, 26. November. (Tot auf dem Bahndamm aufgefunden.) Am Mittwochmorgen wurde auf der Bahnstrecke Essen—Werden bei Baldeney eine unbekannte männliche Leiche im Alter von 25—30 Jahren aufgefunden. Der Tod ist durch Ueberfahrenwerden eingetreten. Soweit bisher feststeht, liegt Freitod vor.

Essen, 26. November. (Reiche Einbrecherbeute.) Wie erst jetzt bekanntgegeben wird, drangen in der Nacht zum 22. November Einbrecher in ein Zigarrengeschäft in der Huyssenallee ein und entwendeten für etwa 400 Mark Zigaretten. Dann durchbrachen die Diebe eine dünne Verbindungswand und gelangten in ein daneben liegendes optisches Geschäft. Hier erbeuteten sie eine größere Menge Jagdgläser, Feldstecher, vergoldete Perlmutter- und schwarze, braune und grüne Theatergläser. Reisebarometer in Etuis und runde und eckige Lesegläser aus Metall und Zelluloid, Doublé- und silberne Lorgnetten, Doublé-Brillen und Brillengestelle im Gesamtwerte von etwa 1200 Mark.

Sklarek-Prozeß.

Berlin, 27. November.

Der Vorsitzende ermahnte im Sklarek-Prozeß die Brüder Leo und Willi Sklarek in Zukunft doch auf die Temperamentsausbrüche zu verzichten und nicht mehr so unsachliche Angriffe gegen die Zeugen zu führen, wie das in den letzten Tagen geschehen sei. Auf diese Ermahnung hin erhob sich Willi Sklarek um zu erklären, daß auch er den Wunsch habe, die Verhandlung in vornehmster Art weiterzuführen. Es liege ihm gar nicht, hier die Zeugen anzuöbeln. Wenn aber die Herren vom Magistrat stets von nichts wüßten, von nichts wissen wollten und sich an nichts mehr erinnern könnten, dann sei es doch wohl möglich, in Erregung zu geraten; zum Beispiel, wenn Herr Schüning sich hinstelle wie ein neugeborenes Kind und der Bürgermeister Scholtz in einem anderen Prozeß unter Eid bekunde, daß er ihn, Willi Sklarek, gar nicht kenne, sondern nur Max, während das Gegenteil der Fall sei. Als erster Zeuge wird dann der Verkaufsleiter Deinert aufgerufen, der seit dem Jahre 1924 im Sklarekschen Dienst stand.

Der Verkaufsleiter Deinert bestätigt, daß von den den Bezirksämtern gehörigen Lagern verschiedentlich Stücke herausgenommen und dann später wieder ersetzt worden seien. Das Personal der Firma Sklarek sei angewiesen worden, die kontrollierenden Beamten darauf aufmerksam zu machen, daß sie billige Anzüge erhalten könnten. Hätten sie dann Anzüge bestellt, so sei bei den Konten der Vermerk „nicht mahnen" gemacht worden. Nach Vernehmung noch weiterer Zeugen, die nichts Wesentliches bekunden können, liest dann der Vorsitzende das Schreiben des Stadtoberinspektors a. D. Boigs, des früheren Geschäftsführers der Neuköllner Großhandelsgesellschaft, vor. Boigs teilt mit, daß Kieburg früher bei der Neuköllner Großhandelsgesellschaft tätig gewesen sei und auch da schon Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, so daß es sehr gut möglich sein könnte, daß Kieburg die Sklareks betrogen habe. Bereits seit dem Jahre 1916 habe Kieburg die Magistratsbeamten mit billigen Kleidungsstücken beliefert. Die Maßschneider dieser Anzüge seien damals schon die Sklareks gewesen.

Lübecker Prozeß.

Lübeck, 27. November.

Im Lübecker Prozeß erklärte zu der Frage, ob die Hebammen genügend aufgeklärt worden seien, der Zeuge Dr. Uter, der der Versammlung beiwohnte, in der die Hebammen über das Calmette-Mittel informiert wurden, er hätte die Ueberzeugung, daß die Sache in Lübeck sehr gründlich und sachlich vorbereitet worden sei. Er hielt auch die den Hebammen gegebene Aufklärung für ausreichend und meinte, es sei vor allem darauf angekommen, daß sie über die praktische Anwendung unterrichtet wurden. Es sei betont worden, daß es sich um lebende oder abgeschwächte Tuberkelbazillen handelte. Ein Antrag der Verteidigung auf nochmalige Vernehmung des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes Dr. Hamel wurde zurückgezogen. Er soll als wahr unterstellt werden, daß der Bericht von Dr. Janasch in Berlin eingegangen ist, in welchem die Mitteilung von der beabsichtigten Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Tuberkulose gerichtet wurde.

Der Lohnschiedsspruch für den Ruhrbergbau.

Einmonatige Verlängerung des bisherigen Tarifs. — Die Zechenbesitzer lehnten den Schiedsspruch ab. — Nachverhandlungen am 28. November.

Essen, 26. November. Am heutigen Vormittag sind die am 23. d. Mts. ausgesetzten Verhandlungen wieder aufgenommen worden. Von der gebildeten Schlichterkammer ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der den bestehenden Lohntarif bis zum 31. Dezember d. Js. verlängert. Er kann zu diesem Termin erstmalig mit Monatsfrist gekündigt werden. Der Zechenverband hat bereits in den Schlichtungsverhandlungen den Schiedsspruch mit Rücksicht auf die vollkommen wirtschaftliche Untragbarkeit abgelehnt und wird bei den am Sonnabend, dem 28. d. Mts. vormittags im Reichsarbeitsministerium stattfindenden Nachverhandlungen den Standpunkt noch besonders darlegen.

„Das ist unser Feuer."
Brandlöschung mit Hindernissen.

Herford, 26. November. Von einem Großfeuer wurde in den Morgenstunden der Holzschuppen des Pächters Deppenbrock in Hiddenhausen heimgesucht. Der Brand griff schnell um sich, da er in den auf dem Boden lagernden Heu- und Strohvorräten reiche Nahrung fand. Als alle Löschversuche der Hiddenhausener Wehr vergeblich blieben, wurde auch die Herforder Feuerwehr alarmiert, die mit der großen Motorspritze anrückte. Sie konnte infolge der unverständlichen Maßnahmen des Gemeindevorstehers nicht eingreifen, der ohne ersichtlichen Grund eine Mithilfe an den Löscharbeiten nicht gestattet wollte. Die Herforder Wehr mußte unverrichteter Dinge wieder abrücken, wurde aber eine Stunde später nochmals von privater Seite alarmiert und konnte sich dann schließlich an der Bekämpfung des Brandes beteiligen. Den vorgesetzten Stellen ist über diesen Vorfall berichtet worden.

Aus aller Welt

Das Urteil im Zörgiebelprozeß.

cnb. **Berlin,** 26. Novbr. Die Strafkammer des Landgerichts 1 verurteilte als Berufungsinstanz den Schneider Hermann Heidrich, der den Ueberfall auf Polizeipräsident Zörgiebel im Gerichtssaal verübt hatte, wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Beleidigung zu vier Monaten Gefängnis. Die erste Instanz hatte auf 5 Monate erkannt. (Wir verweisen auf den Verhandlungsbericht 3. Seite im Beiblatt. D. R.)

Katzenellenbogen soll wieder verhaftet werden.

Berlin, 27. Novbr. Auf die weitere Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat der dritte Strafsenat bei dem Kammergericht beschlossen, daß Katzenellenbogen nicht gegen Sicherheitsleistung von 100 000 RM. von der Untersuchungshaft verschont wird, sondern daß es bei dem ursprünglichen Haftbefehl des Untersuchungsrichters vom 16. November 1931 verbleibt. Nach diesem Beschluß muß Katzenellenbogen wieder in die Untersuchungshaft zurückgebracht werden.

Schiffszusammenstoß im Hamburger Hafen.

Hamburg, 26. November. Im hiesigen Hafen ereignete sich ein folgenschwerer Zusammenstoß. In der Höhe des Kohlenhafens wurde der Leichter „Boßfelde" der Bugsierreederei und Bergungs-A.-G., ein etwa 800 Tonnen großes Fahrzeug, von dem etwa 500 Tonnen großen englischen Dampfer „Lapwing" gerammt. Der Leichter ging unter. Die Besatzung des Schleppers, der die „Boßfelde" in Tau hatte, hat die fünf Mann starke Besatzung des gesunkenen Leichters retten können.

Freilassung der antifaschistischen Flieger.

Konstanz, 27. Novbr. Die Angelegenheit der drei antifaschistischen Flieger hat nun ihre Erledigung gefunden. Die drei Piloten wurden gestern früh freigelassen, nachdem Bassanesi wegen Paßvergehens zu 250 RM. und Rosselli wegen verbotenen Waffentragens zu 100 RM Geldstrafe verurteilt worden waren. Gegen Tarchiani war keine Anklage erhoben worden.

Mord an zwei Frauen zugestanden.

Frankenstein, 27. Novbr. Der Dachdecker August Weise, der des Frauenmordes in Neuwaltersdorf überführt wurde, hat jetzt gestanden, am 3. September auch den Mord an Fräulein Gottwald in Eichau verübt zu haben. An Einzelheiten der Tat will er sich nicht mehr erinnern können, da er angeblich in dieser Nacht stark alkoholisiert war.

Aufträge der Reichsbahn.

Aus der Tagung des Verwaltungsrats.

Berlin, 26. November.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft tagte am 23. und 24. November 1931 in Berlin. Seiner Beschlußfassung unterlag

die Verwendung der steuerfreien Reichsbahn-Anleihe 1931,

deren günstiges Ergebnis zum guten Teil auch als der Ausdruck des allgemeinen Vertrauens in das Reichsbahnunternehmen betrachtet werden darf. Der Ertrag der Anleihe wird entsprechend den Abmachungen mit der Reichsregierung für zusätzliche Aufträge der Reichsbahn verwendet, um zur Linderung der Arbeitsnot nach Kräften beizutragen.

Die Aufträge im Werte von 250 Millionen RM. sollen unter Berücksichtigung des Bedürfnisses der Reichsbahn möglichst den notleidenden Wirtschaftszweigen und Notgebieten im Reiche zugute kommen. Bei der Vergebung wird auch darauf geachtet, daß Handwerk und Kleinindustrie besondere Berücksichtigung finden. Von größeren Bauten ist die Elektrisierung der Wannseebahn hervorzuheben.

Um diese Hilfe der deutschen Wirtschaft gewähren zu können, hat der Verwaltungsrat

seine Bedenken gegen sofortige Herausgabe der Aufträge zurückgestellt,

obwohl die Einzahlungstermine für die Anleihe bis zum August 1932 laufen.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich ferner mit der laufenden Einnahmegestaltung bei der Reichsbahn. Von Jahresanfang bis Ende Oktober wurden gegenüber dem gleichen Zeitraum in 1930 rund 638 Millionen RM. oder 16,5 Prozent weniger eingenommen. Mit dem Jahre 1929 in Vergleich gesetzt, beläuft sich die Mindereinnahme in 1931 auf 1,3 Milliarden RM. oder 28,1 Prozent. Mit diesen Verlusten können die Ersparnisse bei den Personal- sowie Sachausgaben nicht Schritt halten. Trotz dieser überaus ernsten Finanzlage hat die Reichsbahn, wie in den Vorjahren, so auch im laufenden Jahre

eine große Zahl von Einzeltarifermäßigungen

zugunsten der Wirtschaft gewährt, die besonderer Notlage Rechnung trugen und die Preissenkung fördern sollten. Weitere Tarifermäßigungen für bestimmte Sondergebiete sind entsprechend dem Wunsche der Reichsregierung in Absicht genommen.

Die neuen Siedlungsrichtlinien.

Einigung zwischen Reich und Preußen.

Berlin, 26. Novbr.

Im Zusammenhang mit dem neuen Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung werden jetzt die Richtlinien veröffentlicht, die auf Grund von eingehenden Verhandlungen zwischen Reich und Preußen festgesetzt worden sind.

Der Grundgedanke der neuen Richtlinien

ist der, die Besiedlung sowohl von Kultur- wie von Oedland zu verbilligen, die teure Zwischenbewirtschaftung zu beseitigen, die Siedlungsgesellschaften stärker zu beaufsichtigen und bei der Auswahl der Siedler die Siedlungsgesellschaften zur gerechten Berücksichtigung der Landarbeiter anzuhalten. Auch die Anliegersiedlung wird in einigen entscheidenden Punkten neu geregelt. Vor allem wird Vorsorge getragen, daß die Vergrößerung von Kleinstbetrieben auf eine volle Familiennahrung erleichtert und in der Art der Abtragung der Lasten der Neusiedlung gleichgestellt wird.

In Pommern und Mecklenburg

sind in diesem Jahre erfolgreiche Versuche mit der Gruppensiedlung gemacht worden. Durch die Zusammenfassung einer Gruppe von Siedlern vor Beginn aller Siedlungsarbeit kann den Bedürfnissen der einzelnen Familien mehr Rechnung getragen werden. Die Gruppe muß nach den neuen Richtlinien zu allen Arbeiten herangezogen werden; die bisher so kostspielige Zwischenbewirtschaftung durch die Siedlungsgesellschaft fällt weg. Das Verfahren der Gruppensiedlung soll stark bevorzugt werden.

Es sind drei Zonen der Siedlung bestimmt worden. Zone 1, die in erster Linie zu besiedeln ist, umfaßt das Gebiet östlich der Oder mit Ausschluß des Regierungsbezirks Stettin. Zone 2 umfaßt das Gebiet zwischen Elbe und Oder und Zone 3 Westdeutschland. In Anbetracht der nationalen Bedeutung der Ostsiedlung sind die Bedingungen für Verzinsung, Amortisation und Anlaufszeit in den Zonen abgestuft. Zone 1 erhält 1½ Freijahre, in denen keinerlei Zinsbelastung zu tragen ist. Bisher gab es nur ½ bis ein Freijahr. Zone 2 erhält 1 Freijahr, Zone 3 ein halbes Freijahr.

Von einem Zwang zur Heranziehung der Siedler zu allen Siedlungsarbeiten ist abgesehen worden, aber die Richtlinien bestimmen, daß sie bei allen „geeigneten" Arbeiten nach Kräften mithelfen sollen. Die Siedlergruppe tritt als vollberechtigter Vertragspartner neben die Siedlungsgesellschaft, mit der sie vor Beginn aller Siedlungsarbeit den Siedlungsvertrag abschließt.

Die Höchstgrenze für den Umfang der Siedlerstelle soll ganz allgemein die Familiennahrung sein, also etwa eine Stelle von 60 Morgen. Größere Stellen sind genehmigungspflichtig durch Anmeldung bei der Siedlungsbehörde und der Deutschen Siedlungsbank. Landarbeiter können in besonderen Fällen bei unverschuldetem Fehlen eigener Mittel für die Anzahlung ein zinsloses Darlegen erhalten, das vom 10. Jahre an mit 5 Prozent zu tilgen ist. Siedlungskredite können gekündigt werden, wenn der Siedler in den ersten fünf Jahren Gebäude bedeutend vergrößert oder Inventar in nennenswertem Umfang anschafft.

Kürzung des Westfonds.

Um die Hälfte vermindert.

Berlin, 26. November.

Der Westfonds, aus dem die Wasserleitungsbauten, Meliorationen und ähnliche Arbeiten in großem Umfange gefördert wurden, ist wegen der Finanzlage im Staat Preußen und in der Rheinprovinz auf Anordnung der Staatsregierung, der sich der Provinzialausschuß der Rheinprovinz angeschlossen hat, um die Hälfte gekürzt worden.

Die Verteilung der diesjährigen Westfondsmittel mußte infolgedessen vollkommen neu erfolgen, so daß alle bisherigen Zusagen aufgehoben werden. Die noch verbleibende Hälfte der Mittel wird dazu verwandt, um solche Unternehmungen, die bereits fertiggestellt waren oder deren Bau so weit vorgeschritten war, daß sie nicht mehr eingestellt werden konnten, notdürftig fertigzustellen, damit Zusammenbrüche bei den einzelnen Unternehmungen möglichst vermieden werden. Man hat außerdem alle in früheren Jahren ausgesprochenen Beihilfebewilligungen, die noch nicht in Anspruch genommen waren, zurückgenommen.

Coffeinfreier Kaffee Hag:
niemals schädlich,
immer vorzüglich.
Coffeinfrei und Hag, darauf kommt's an!

Hoovers Schwierigkeiten.

Ungünstige parlamentarische Lage.

Newyork, 26. November.

Repräsentantenhaus und Senat der Vereinigten Staaten treten in den ersten Dezembertagen wieder zusammen, und die Regierung steht vor der Aufgabe, vor dem Parlament die von ihr eingeleiteten und geplanten Aktionen zu vertreten.

Diese Aufgabe wird namentlich gegenüber dem Repräsentantenhaus, dessen Möglichkeiten namentlich auf finanzpolitischem Gebiet sehr stark sind, nicht leicht sein, denn in der Parlamentspause hat sich durch das Ergebnis einiger Nachwahlen das geringe Uebergewicht, das die Republikaner bisher hatten, zu ihren Ungunsten verschoben, die demokratische Partei ist mit zwei Stimmen zur Mehrheit geworden, und man darf erwarten, daß sie alle die Druckmittel, die die Republikaner in die Geschäftsordnung eingeführt haben, um die starke demokratische Opposition niederzuhalten, nun ihrerseits anwenden werden.

Im Senat hat Hoover zwar eine geringe Mehrheit, aber auch hier muß er mit Absplitterungen einiger unzufriedener Republikaner rechnen, so daß die parlamentarische Lage keineswegs sehr günstig ist.



Geßler über die Finanzlage.

Berlin, 26. November.

Der frühere Reichswehrminister Geßler hat gestern abend in Leipzig vor einem studentischen Kreise eine Rede gehalten und in dieser Rede angeblich erklärt, daß für das Frühjahr 1932 ein 5-Milliarden-Defizit für das Reich zu erwarten sei. Erkundigungen, die die Reichsregierung eingezogen hat, haben ergeben, daß Geßler erklärt hat, es gäbe Wirtschaftskreise, die mit einem Defizit von fünf Milliarden für Reich, Länder und Gemeinden für das Frühjahr nächsten Jahres rechneten. Geßler will sich persönlich mit dieser Schätzung nicht identifiziert haben. Jedenfalls bleibt die Tatsache bestehen, daß Geßler eine sehr ernste Mahnung über die Entwicklung der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden ausgesprochen hat.

Wenn Menschen auseinandergehen . .

Roman von J. Schneider-Foerstl.

22.) (Nachdruck verboten.)

„Guido!" Zischend fuhr ein Wasserstrahl aus dem Silberkessel.

Der Künstler sprang herzu und verbrühte sich statt ihrer die Hände. Sie weinte auf, lief in den Garten, holte Erde, die sie ihm über die schmerzenden Stellen band. Ihre Stirne ruhte auf seine Knie gebeugt und das Gesicht, das sie zu ihm hob, stand in weißem, farblosem Starren. „Sprich weiter, Liebster!"

„Das Kind, das Janos in Pflege hat, ist mein Sohn."

Ihre Finger krallten sich in das Tuch seines Rockes. Er fühlte, wie ihre fürchterliche Erregung sich seinem Körper mitteilte und er mußte die Augen senken, um die ihren nicht mehr zu sehen, die in glanzloser Starre an ihm hingen.

„Guido! Die Raja —"

„Hat mir das Kind geboren. Nun belügt sie mich und sucht mir glauben zu machen, ich sei nicht der Vater.

Rosmaries blonder Kopf lag hilflos gegen seine Brust. Am Zucken ihrer Schulter merkte er, daß sie weinte. Er sprach kein Wort mehr und regte sich nicht. Nach einer Weile tasteten ihre Finger über ihn hin. Ihre Lippen schmeichelten über seine Hände. „Armer Guido!"

Es dauerte Minuten, bis er zu sprechen vermochte. „Wollen wir nun frühstücken?"

Sie erhob sich langsam, trat von ihm weg und begann den Tisch zu decken. So oft ihr Blick dem seinen begegnete, war es eine stumme, aber beredte Zwiesprache. Rosmarie vergaß das eigene Leid und dachte nur mehr an das seine. Sie brauchte ihr Glück nur wieder an sich zu nehmen, wenn es zurückkam. Er aber streckte vergebens seine Hände nach dem seinen aus.

Sie schenkte ihm aus der Güte ihres Frauenherzens im Ueberschwang. Und er nahm es wie etwas unendlich Kostbares.

Am Abend fuhr er nach Venedig zurück. „Bestehst du noch auf deinem Vorhaben, Rosmarie?" Seine Augen flehten sie an.

„Es hat sich nichts geändert," sagte sie beinahe schroff.

„Gut! — Dann Ende Juni in Sorrent."

„Ich danke dir."

„Gib mir dein Wort, daß du nichts unternehmen wirst, bevor wir uns nochmals gesprochen haben."

Sie legte ohne Zögern ihre Rechte in die seine. „Es tut mir leid, Guido, daß du nun noch eine Sorge mehr zu tragen hast."

Ein mattes Lächeln glitt über sein Gesicht. Sie winkte ihm noch zu, bis das Boot, das ihn nach Venedig trug, nur noch als kleiner Punkt auf den Wellen tanzte.

Die junge Frau biß die Zähne in das Spitzentaschentuch und hielt mit Gewalt die Tränen zurück. Die ganze Nacht fand sie keinen Schlaf. Erst gegen Morgen schlummerte sie etwas ein.

Drei Wochen später fuhr sie nach Sorrent.

*

Am 20. Juni meldete der Telegraph die Rückkehr des Forschers Bela Szengeryi aus den Regionen des Nordpoleises. Die gesamten Teilnehmer der Expedition waren wohlbehalten auf norwegischem Boden eingetroffen und beschlossen, nach kurzer Rast die Reise nach der Heimat fortzusetzen.

Szengeryi, von einem Rausch der Wiedersehensfreude ergriffen, schickte sofort ein Telegramm nach Wien, nach zwei Stunden wieder eines und am Abend das dritte. Nacheinander platzten sie der Aga innerhalb vierundzwanzig Stunden ins Haus.

Die kleine Stadt in der großen Felsenwildnis dünkte Bela wie ein Gefängnis. Nun er am Ziel war, gab es kein Halten mehr für ihn. Török seufzte. Szengeryi fieberte vor Ungeduld und erstand eine Unmenge von Dingen, mit denen er Rosmarie eine Freude zu bereiten glaubte.

In Kristiania hoffte er Nachricht von ihr zu finden. Ein volles Jahr hatte er sein Blut gemeistert, aber nun schäumte es über, so voll sehnsüchtig-unbändigen Verlangens erfüllt, daß er am Morgen blaue Schatten unter den Augen trug, so schlaflos waren die letzten Nächte gewesen.

Kristiania brachte eine Enttäuschung. Kein Brief, kein Telegramm, kein Kartengruß!

Török tröstete: „Sie hat es zu spät erfahren. In Stockholm liegt sicher Nachricht von ihr."

Szengeryis erster Gang, als man dort ankam, war zum Hauptpostamt. Unter dem Stapel von adressierten Hüllen, die ihm der Beamte reichte, riß er das Kuvert heraus, das ihre Schriftzüge trug. Drei einzige Worte standen auf einem großen Bogen gelbgeäderten Büttens:

„Verzeih mir! — Rosmarie."

Das Blut schoß ihm so stark nach den Schläfen, daß er die Lider schließen mußte, um nicht hinauszujubeln, was er dachte: Sie hat eingesehen, wie sehr sie im Unrecht war. Darum diese Bitte. — „Oh, du geliebtes Weib! Wenn du wüßtest, wie tief ich dich im Herzen trage!"

Ohne sich und Török Ruhe zu gönnen, reiste er Tag und Nacht und nur noch ein Gedanke erfüllte ihn: Heim zu ihr!

In Berlin zwang ihn die Einladung der deutschen Regierung, vierundzwanzig Stunden Aufenthalt zu machen. Er erledigte seine Besuche in rasendem Tempo und wurde eines unbestimmten Gefühles nicht klar: Warum empfing man ihn überall mit so ernsten Gesichtern? Was bargen die Menschen für ein Geheimnis hinter ihren Stirnen, wenn sie mit ihm sprachen? Warum wurden seine Hände so schmerzhaft gedrückt und sein Ohr mit so behutsam gewählten Worten überschüttet? Trug er das Sehnen nach seinem Weibe so offen zur Schau, daß sein Herz vor jedem einzelnen in gewandloser Blöße lag?

Er kam abgehetzt und übermüdet in das Hotel, fand einen Stapel Post und Zeitungen auf dem Tisch des Empfangsraumes und warf sich erschöpft auf das bequeme Sofa, dessen Leder ihm angenehme Kühlung verhieß.

Der Lärm, der von der Straße herauf schallte, störte ihn. Er erhob sich und stieß die Riegel der Fenster in die Oefen. Dann streckte er sich wieder auf dem Diwan aus. Nichts als das Rascheln der Blätter unterbrach die Stille.

Dann ein Aufschrei! So schrill, so voll würgenden Entsetzens wie das Brüllen eines niedergemetzelten Tieres.

Török kam aus dem Nebenraume herbeigesprungen. Er fand den Schwiegersohn über eine illustrierte Zeitung geneigt, um deren Titelblatt er die Finger gekrallt hielt.

„Bela!"

Die zitternden Hände Töröks suchten Szengeryis Körper hochzuheben. Es mißlang. Der Professor zerrte das Blatt unter Belas Arm hervor, starrte darauf und glitt ohne einen Laut in den Stuhl hinter sich.

Rosmarie, die blonden Zöpfe über die Schulter gelegt, sah ihm auf dem Titelbilde lächelnd entgegen. Darunter die wenigen Zeilen der Erklärung:

„Aus Sorrent kommt die Nachricht, daß die junge, bildschöne Frau des bekannten Forschers Bela Szengeryi seit mehr als vier Tagen vermißt wird. Man vermutet, daß sie einem Unglücksfall zum Opfer fiel. Andere neigen zu der Ansicht, daß sie in einem Anfall von Schwermut selbst den Tod gesucht haben könnte. Sie litt unsagbar unter der Trennung von ihrem Gatten, der sich auf einer Polarfahrt befindet. Mit ihr ist auch der Geiger Guido Horvath, dessen Ruhm die ganze Welt erfüllte, verschwunden und man rechnet mit der Möglichkeit, daß er die Unglückliche zu retten versuchte und selbst dabei den Tod fand. Schiffer behaupten, sie hätten deren Leichen im Meere treiben sehen."

„Bela!"

Ein Wimmern aus übermenschlicher Not und Verzweiflung war die Antwort.

„Bela, es ist ja nicht möglich!" Török glitten die silbrigen Haarsträhne in die Stirne. Seine Augen standen in völliger Leere. Das konnte sie ihrem Vater antun! Das!

Szengeryi drückte die Fäuste gegen die Brust und hielt sie dann vor den Mund gepreßt, daß ihm kein Ton mehr entschlüpfen konnte.

Die Arme über den Tisch geworfen, bohrten sich seine Finger in das gefühllose Holz. — Tot! — Ausgelöscht das Leben, das ihm mehr als das seine galt! Stumm der Mund, auf dessen Flüsterworte er in seinen Träumen gelauscht hatte. Mochten die Blätter sie auch als vermißt gelten lassen, er, nur er wußte, daß sie, in Schwermut verfallen, freiwillig gegangen war! Freiwillig, aus Sehnsucht, weil sie die Trennung von ihm nicht mehr zu ertragen vermochte. So hatte sie ihn geliebt! So über alle Maßen! Rosmarie!

Und der andere hatte mit ihr gehen dürfen! Der andere! An dessen Brust sie sich vielleicht ausgeweint hatte, an dessen Herz sie in ihrer Verlassenheit, Heimat und Zuflucht fand.

Szengeryis Lippen waren halb durchbissen in namenloser Qual.

Török fand kein Wort des Trostes für den Schwiegersohn. Seine Seele wurde zwischen dem Schmerz um die Tochter und dem Mitleid mit dem verzweifelten Gatten hin und her gerissen.

Als Szengeryi nach zwei Stunden immer noch ohne Regung saß, zwang er mit ernsten Worten dessen Gesicht empor. „Wir wollen nach Sorrent fahren, Bela und selbst Nachforschungen anstellen. Vielleicht hat man sie auch schon gefunden. Dann nehmen wir sie heim nach Wien. Oder in die Puszta! Daß sie bei mir ist — und bei dir, Bela!"

Es kam keine Antwort. Szengeryis Gesicht fiel haltlos auf die Platte des Tisches zurück.

Török blieb es allein überlassen, zu packen, die Zugverbindungen herauszuschreiben und die kürzeste Route zu suchen, auf der sie nach Sorrent gelangen konnten.

*

Darüber gingen Wochen hin. Trotz aller Bemühung war nichts über die beiden zu erkunden gewesen. Bar allen Trostes war Szengeryi mit seinem Schwiegervater nach Wien zurückgekehrt.

Aga mußte sich erst besinnen, ob er es war. Zwei tiefe Rinnen standen von der Nase nach den Mundwinkeln zu eingegraben, und die stahlhart gewordenen Augen lagen in tief beschatteten Höhlen. Die Stimme klang barsch und schwieg oft Stunden, nicht selten auch tagelang. Es war eine Seltenheit, wenn er das Wort an sie richtete.

Oesterreich überhäufte den Forscher mit Ehren. Die Akademie trug ihm einen Lehrstuhl an. Es regnete Einladungen und Aufforderungen zu Vorträgen. Es schien, als wolle man ihm auf diese Weise das tragische Geschick seiner jungen Gattin vergessen machen.

Zuweilen kam Török von der Steppe herein und sah nach ihm, riß ihn für Stunden aus seinem Brüten, um dann, wenn er wieder abreiste, das Bild eines vollkommen niedergeschmetterten Menschen mit sich zu nehmen.

Wenn Szengeryi vor seinen Hörern sprach, war es die alte flammende Begeisterung, die ihn erfüllte und die anderen mit sich riß. Sobald er aber über die Schwelle seines Heimes trat, fiel die Trostlosigkeit wie mit Heulenheben über ihn herein.

Um all den Flitter seiner Würden, Titel, Ehren hatte er das Leben seines Weibes hingeworfen.

Rosmarie!

Ihr Bild, das Bild, das die Zeitungen damals gebracht hatten, stand jetzt auf seinem Arbeitstisch. Alle anderen Photos hatten gefehlt, und Aga konnte nicht umhin und mußte gestehen, was die junge Frau damit gemacht hatte.

Stundenlang konnte er vor dem Bild sitzen, den Kopf weit hintenüber geneigt, die geliebten Züge betrachtend. Wenn er abends die Augen schloß, verfolgten sie ihn noch in seine Träume hinüber, die wirr und abgerissen die englos langen Nächte durchirrten. Ihre Stimme schmeichelte sich in sein Ohr, ihr Mund an seine Lippen. „Bela — wie kann man so über die Maßen glücklich sein!"

Dann stöhnte er auf: „Und so über alle Maßen unglücklich, Rosmarie!"

Török kam immer seltener. Die beiden Männer wußten sich nichts mehr zu sagen, nicht das geringste. Sie trugen ein und dasselbe Leid und wagten kaum den Finger daran zu legen, damit die Wunde nicht wieder bluten sollte, die Wunde, die doch niemals vernarben konnte.

An Horvath dachte Szengeryi nur selten und dann ganz flüchtig, als ob er nicht in dessen Schuld stünde, da er doch Rosmaries Leben hatte retten wollen. Für das alles gab er nichts. Sie war tot. Daß der Freund gegangen war, schmerzte ihn kaum. Das Leid um die geliebte Frau verschlang jedes andere, das nicht mit solchen Riesenfäusten an seinem Herzen trommelte, wie die Sehnsucht nach ihr.

(Fortsetzung folgt.)

Ursachen und Wirkungen.

Wirtschaftskriegsgeschrei in Paris.

Paris, 26. November.

Die Inkraftsetzung des englischen Hochschutzzoll-Gesetzes **hat die französische Wirtschaft bis zum äußersten erbittert. Handelsminister Rollin hat einen Ausschuß eingesetzt, der sich eingehend mit den Auswirkungen der englischen Zölle auf die französische Ausfuhr beschäftigen soll. Der Minister erklärte einem Vertreter des „Paris Midi", daß das Kabinett alles tun werde, um die Interessen der nationalen Wirtschaft zu verteidigen. Der englische Sonderzoll komme zum Teil einer völligen Abriegelung gleich, die für Frankreich schwer ins Gewicht falle. Einzelne Ausfuhrartikel seien unter diesen Umständen auch bei niedrigster Preisstellung nicht mehr auf dem englischen Markt unterzubringen.**

Eine andere amtliche Persönlichkeit sagte ergänzend, es sei möglich, daß die französische Regierung ein neues Zollgesetz und eine strenge Beschränkung der englischen Einfuhr nach Frankreich vornehmen werde. Dies seien durchaus rechtmäßige Mittel zum Schutze der französischen Wirtschaft.

Der englische Gesandte ist beim französischen Außenministerium wegen der französischen Zusatzzölle auf englische Kohle vorstellig geworden. Es ist jedoch noch nicht bekannt, wie die maßgebenden Stellen in Paris sich zu diesem Einspruch stellen werden. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß Frankreich der englischen Kohlenausfuhr Entgegenkommen zeigen und dafür seinerseits Entgegenkommen bei den englischen Zöllen verlangen werde. Die französische Regierung plant, über die gesamten Handelsbeziehungen mit England zu verhandeln.

Die Potsdamer Bestechungsaffäre.

Potsdam, 26. November.

Gegen den Bauamtmann Kießling wurde in der Bestechungsaffäre bei der Tiefbaufirma Dübener Haftbefehl wegen Verdunkelungsgefahr erlassen. Der Bauingenieur Gerbracht wurde aus der Polizeihaft entlassen. Eine besondere Gelegenheit, Dübener zu unterstützen, fand Kießling durch ein schweres Versagen des Tiefbauamtes. Bei der Ausschreibung war die Beseitigung eines großen Beton-Wasserreservoirs vergessen worden. Man stieß dann während der Arbeiten auf diesen Behälter, der nun entfernt werden mußte. Eine neue Ausschreibung wurde gemacht; den Zuschlag erhielt ein Potsdamer Unternehmer. Dübener hatte dadurch aber Gelegenheit, die ganze Frage dieser Arbeiten am Brauhausberg noch einmal aufrollen zu lassen. Er stellte Ansprüche auf Erhöhung seines Verdienstes, die aber abgelehnt wurden. Darauf verklagte er die Stadt. Man wirft den angeschuldigten Baubeamten nun vor, daß sie Dübener für diese Klage gegen ihre eigene Behörde so gut mit Material versorgten, daß er ein obsiegendes Urteil erstritt.

Sämtliche Dienststellen des Magistrats werden genau auf ihre Amtsführung geprüft. Es wird u. a. untersucht, ob bei Geldgeschäften unerlaubte Bevorzugungen einzelner Gläubiger vorgekommen sind. Diese Geldzahlungen spielen ja zum Teil durch Hypotheken und ähnliche Kreditgewährungen auch in das Bauwesen hinüber. Die Staatsanwaltschaft erklärt, daß das Verfahren möglichst beschleunigt werde. Man will versuchen, ohne Voruntersuchung gleich zum Hauptverfahren zu gelangen. Die Staatsanwaltschaft gibt weiter an, daß es bisher nicht möglich gewesen sei, einen geeigneten Buchsachverständigen zur Nachprüfung der Buchungen bei den angeschuldigten Unternehmern zu erlangen.

Mißhandelte Zöglinge.

Der Skandal im Erziehungsheim Waldhof.

EMB. **Prenzlau**, 26. November. Die Staatsanwaltschaft Prenzlau hat die Eröffnung der Voruntersuchung gegen 14 Personen beantragt, darunter den Direktor des Erziehungsheimes Waldhof bei Templin, das der Inneren Mission gehört, die Erzieher Franke, Förster, Lachmann, Lefevre, Wende, Knublauch, Schmettka und Seger, ferner gegen den Hausvater Raulf, den Wohlfahrtspfleger Teschler und die Landwirte Stein, Küchemann und Jaap. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge in der Fürsorgeanstalt Waldhof im Frühjahr dieses Jahres, die seinerzeit die Stadt Berlin veranlaßten, ihre Zöglinge aus dem Heim zurückzuziehen. Die Voruntersuchung ist beantragt wegen vorsätzlicher einfacher und gefährlicher Körperverletzung und fortgesetzter Gesundheitsschädigung der Zöglinge unter Anwendung von Waffen und gefährlichen Werkzeugen. Gegen Teschler und Knublauch wird außerdem wegen fortgesetzter Vornahme unzüchtiger Handlungen an minderjährigen Zöglingen ein Verfahren aus Paragraph 175 eingeleitet.

In der Anstalt sind nach den bisherigen Ermittelungen die Zöglinge in unmenschlichster Weise behandelt, gefoltert und teilweise fürs Leben entstellt worden. Einige Erzieher haben anscheinend aus sadistischer Veranlagung gehandelt. Die Ermittelungen ergaben so schwere Verfehlungen, daß zur schnelleren und unbeeinflußten Fortführung der Untersuchung die Einleitung der Voruntersuchung notwendig wurde. Die Innere Mission wird von sich aus eine Untersuchung durchführen.

Ein teures „Geschenk".

Mannheim und die Baer-Porzellan-Sammlung.

Mannheim, 26. November.

Der Stadt Mannheim wurde im Jahre 1924 von einem ihrer Bürger namens Baer eine Porzellansammlung, die vorwiegend aus Erzeugnissen der Frankenthaler Manufaktur bestand, zum Geschenk gemacht. Der damalige Oberbürgermeister setzte sich stark für die Annahme der Schenkung ein. Die Bedingungen des Gebers waren folgende: Die Sammlung wird als Schenkung betrachtet. Der Stifter erhält eine steuerfreie Barzahlung von 100 000 Mark und darüber hinaus bis zu seinem Tode eine ebenfalls steuerfreie Jahresrente von 20 000 Mark; nach dem Tode erhält die Haushälterin des Stifters eine Jahresrente von 9000 Mark. Der Stadtrat besorgt dem Stifter weiter eine Fünfzimmerwohnung. Bis zum Umzug, spätestens aber am 1. Mai 1925, bleibt die Sammlung im Hause des „Stifters". **Bisher hat das „Geschenk" der Stadt Mannheim über 200 000 Mark gekostet. Kenner behaupten, daß es schon heute überzahlt sei. Inzwischen hat der „Stifter", allerdings erst zum 1. April 1932, auf einen Teil der Rente verzichtet. Die Oeffentlichkeit aber drängt den Stadtrat, eine Möglichkeit zu finden, um den juristisch zwar unanfechtbaren, aber weder moralisch noch finanziell zu rechtfertigenden Vertrag zu lösen.**





Wechsel des belgischen Gesandten in Berlin.

Links: Senator Graf Kerckove wird in der nächsten Zeit als neuer Gesandter nach der Reichshauptstadt kommen.

Rechts: Robert Everts, der bisherige Gesandte Belgiens, verläßt demnächst Berlin, um die Gesandtschaft in Madrid zu übernehmen.

Die Haltung der Gewerkschaften.

Tagung des Bundesausschusses des A. D. G. B.

EMB. **Berlin**, 26. November. (Eig. Meldung.) Der Bundesausschuß des ADGB. trat heute im Berliner Gewerkschaftshaus zusammen, um zu der Erklärung des Reichskanzlers über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates Stellung zu nehmen. Graßmann betonte einleitend, daß der Wirtschaftsbeirat infolge seiner unparitätischen Zusammensetzung nicht in der Lage gewesen sei, Beschlüsse zu fassen. Die Leitsätze seien daher nur Folgerungen, die die Reichsregierung aus den Arbeiten des Wirtschaftsbeirates gezogen habe. Weder die Vertreter der Gewerkschaften noch auch gewisse Vertreter anderer Wirtschaftskreise dächten daran, ihre Unterschrift unter diese Leitsätze zu setzen. Graßmann gab dann einen Bericht über die unvereinbaren sachlichen Gegensätze, die zu Tage getreten seien.

In der Aussprache wurde geltend gemacht, daß die Regierung sich nicht an die feierlichen Versicherungen halte, die ihre Vertreter bei verschiedenen Gelegenheiten abgegeben hätten. Die Gewerkschaften aller Richtungen müßten daher dieser zweideutigen Haltung der Regierung ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates seien eine einseitige Wiedergabe der Ansichten der Unternehmer. Eine Senkung der überhöhten Preise müsse ohne Lohnsenkung durchgeführt werden. Es wurde sodann einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen 40-Stundenwoche mit dem Zwang zur Einstellung von Arbeitslosen. Der Abbau überhöhter Preise muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden, denn es habe sich als vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Das Einkommen der Arbeiterschaft ist in einem Maße gesunken, daß nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit ernstlich bedroht sind. Der Bundesausschuß erhebt deswegen Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Masse noch weiter zu schwächen, sowie gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge einzugreifen. Es wurden sodann noch zwei Resolutionen gefaßt, in denen sowohl gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien als auch gegen einen Leistungsabbau in der Sozialversicherung Einspruch erhoben wird.

•

Gewinnbeteiligung als Ausgleich für Lohnausfall?

Erörterungen innerhalb der Montanindustrie.

Essen, 26. November.

Im Rahmen der jetzt abgeschlossenen Beratungen des Wirtschaftsbeirats hat Dr. Vögler den interessanten Vorschlag zur Debatte gestellt, als Gegenleistung für den als nötig angesehenen starken Lohnabbau eine Regelung einzuführen, die den Arbeitern

bei Wiedereintreten der Rentabilität der Werke eine Beteiligung an dem dann sich ergebenden Reingewinn

bieten könnte. Es handelt sich hierbei nicht um die Idee eines einzelnen Wirtschaftsführers oder einer einzigen Konzernverwaltung, diese Frage wird vielmehr seit einiger Zeit im Rahmen der gesamten deutschen Wirtschaft erörtert. Es scheint, daß die Reichsregierung sich der Meinung der Arbeitgeberkreise anschließen wird, die eine sehr weitgehende und sofortige Senkung des Lohnniveaus für unbedingt nötig hält; namentlich scheint hierbei der Abwehrgedanke gegen den Selbstkostenvorsprung, den die englische Industrie durch die Pfundentwertung erhalten hat, eine Rolle zu spielen. Während nämlich vor der Pfundentwertung das englische Lohnniveau das höchste war, steht heute das deutsche Lohnniveau an der Spitze der europäischen Industrieländer.

Ueber die technische Durchführung einer etwaigen Gewinnbeteiligung scheint noch keine Klarheit zu bestehen. Die Einführung einer Kleinaktie, wie sie Krupp in der Nachkriegszeit zeitweilig hatte, ist aber wohl nicht geplant. Die Verhandlungen über diese Frage scheinen zur Zeit noch zu schweben. Die Reichsregierung scheint die Ausführung solcher Pläne wohl als politischen und psychologischen Ausgleich für die geplante Lohnsenkung anzusehen.

Die Summe, die gegebenenfalls in irgendeiner Form zur Verteilung an die Arbeitnehmer eines Werkes kommen würde, soll nach den feststellbaren Ideen aus dem Reingewinn abgezweigt werden nach Deckung aller üblichen Unkosten, normalen Abschreibungen und Rücklagen (aber ohne außerordentliche Abschreibungen und Sonderrücklagen) und vor der Auszahlung von Aufsichtsratstantiemen und Dividenden.

Arme Ritter!

Das Drama von Gut Buggow.

Ein geheimnisvoller Todesschuß gibt der Oeffentlichkeit zur Zeit wieder Stoff zu aufgeregten Unterhaltungen. Eine Kugel aus einem Selbstschußgewehr hat die Gattin des Rittergutsbesitzers von Henning getötet. Der Gutsbesitzer von Henning, seine Frau und sein Förster sind bis jetzt in diesem Drama die Akteure mit vorläufig noch ungeklärten Rollen. Man erfährt nämlich, daß Rittmeister a. D. von Henning auf dem Gute Buggow bei Anklam in der größten materiellen Bedrängnis lebte. Nie war bares Geld vorhanden, so daß man nicht einmal die notwendigen Lebensmittel hatte, außer dem, was ein offenbar verfallener landwirtschaftlicher Betrieb produzierte. Die Familie lebte zum größten Teil von Wild, das der Gutsförster schießen mußte. Man hatte aber nicht die 20 Mark, um ihm einen Jagdschein zu verschaffen. Er schoß also ohne Jagdschein: der Förster wiederte!

Somit muß das Ereignis aus diesen trüben Verhältnissen erklärt werden. Da leben Menschen mit Namen und Tradition auf großen Besitzungen, denen der stolze Titel „Rittergüter" beigelegt wird, und leben wie Waldmenschen von dem Schußglück ihrer Jagdflinte. Leben mit Gefolge und Gesinde, mit richtigen Beamten, die den respektablen Titel „Förster" tragen. Herr und Diener leben so durch die Not dahin; eins klammert sich ans andere an, in der Hoffnung, daß doch wieder einmal bessere Zeiten kommen. Es wäre unangebracht, den Betreffenden ohne weiteres die Schuld an ihrem Unglück aufzuladen. Ueber den ganzen deutschen Osten ist eine furchtbare Krise herangebrochen und verschont Hoch noch weniger als Niedrig. Gerade die „Rittergüter" kommen infolge ihrer ganzen Struktur oftmals nicht mehr mit und werden zu Wracks. Das ist die schreckliche wirtschaftspolitische Lehre dieses Kriminalfalls.

Der Buggower Förster ein Werkzeug?

Anklam, 16. November. Der Förster Blintzler, der unter dem Verdacht steht, an dem Tod der Frau von Henning in Buggow schuldig zu sein, hat im Laufe des gestrigen Tages trotz stundenlanger Verhöre, weiterhin geleugnet, die Falle im Walde gelegt zu haben. Dagegen hat er seine Erzählung, er habe die Waffe kurz vor dem Vorfall einem Unbekannten im Walde verkauft, in den wesentlichsten Punkten widerrufen. So behauptet er jetzt, das Gewehr schon im August dieses Jahres verkauft zu haben, und zwar einem Mann, dessen Namen er beim Verhör auch angab. Die Polizeibehörde hat, obwohl der Förster nähere Angaben über den Mann nicht machen konnte oder wollte, die Ermittlungen nach dem angeblichen Käufer der Waffe aufgenommen. Blintzler gab an, der Mann habe ihm für das Gewehr 35 Mark gezahlt und er selbst habe sich über die Einzelheiten des Verkaufs Notizen gemacht, die er bei sich zu Hause aufbewahrt halte. Kommissar Bluhm, hat sich daraufhin gestern nachmittag nochmals in die Wohnung des Försters begeben, um nach diesen Notizen zu suchen.

Ueber die Person Blintzlers werden jetzt Dinge bekannt, die vielleicht das eigenartige Benehmen des Mannes bei seiner Vernehmung verständlicher machen. Blintzler, der von Beruf kein Förster ist, sondern vom Gutsbesitzer erst dazu „gemacht" worden war, litt früher an einer Nervenkrankheit und war auch eine Zeitlang in einer Anstalt untergebracht. Man hatte damals oft befürchtet, er könne geisteskrank werden, entließ ihn dann aber als geheilt. Seine Stellung bei von Henning erhielt er, als der frühere Förster des Gutsbesitzers wegen Alter und Krankheit zurücktrat.

Im Falle, daß der Verdacht, den die Behörden gegen den Förster hegen, zutreffen sollen, bleiben die Motive, die den Mann zu einer derartigen Tat veranlaßt haben könnten, völlig rätselhaft. Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß Blintzler mit seiner Herrin irgendwelche Differenzen gehabt hat, und so liegt der Verdacht nahe, daß der Förster, wenn er als Mörder entlarvt werden sollte, ein Werkzeug in den Händen des wirklichen Täters gewesen ist.

Nach einer vom Stettiner Polizeipräsidium gegebenen Mitteilung hat die dort vorgenommene photographische Aufnahme des an dem Mordgewehr sichergestellten Fingerabdrucks die Identität mit dem vom Förster genommenen Abdruck ergeben.



Der Präses der preußischen Generalsynode 75 Jahre alt.

Dr. Friedrich Winkler,

der Vorsitzende des Kirchensenats der altpreußischen Union, begeht am 28. November seinen 75. Geburtstag.

Wieder ein geheimnisvoller Autobrand.

Düsseldorf, 26. November. Der Kaufmann Fritz Cromm aus Burscheid hat am Montag abend mit seinem Kraftwagen Opladen verlassen, um sich nach Burscheid zu begeben. Dort ist er nicht eingetroffen. Gestern wurde sein Wagen kurz vor Benrath brennend vorgefunden. Von Cromm fehlt jede Spur. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Der verbrannte Kraftwagen auf der Landstraße.

Der Eigentümer wahrscheinlich geflohen.

Düsseldorf, 26. November. Zur Auffindung des völlig verbrannten Personenkraftwagens, der dem verschwundenen Kaufmann Cromm aus Burscheid gehört, ist noch ergänzend zu berichten, daß der Wagen in der Nähe eines Bahnüberganges vor einem Baum gefunden wurde. Cromm war von seiner Firma in Opladen vor einigen Tagen beurlaubt worden, da er in Verdacht stand, an den Veruntreuungen des bereits entlassenen Geschäftsführers der Firma beteiligt gewesen zu sein. Er soll noch einen größeren Geldbetrag bei sich gehabt haben.

Wie eine Düsseldorfer Zeitung zu berichten weiß, will ein Mann, der zufällig an dem Kraftwagen vorüberkam, beobachtet haben, daß zwei Männer mit Ausbesserungsarbeiten an dem Wagen beschäftigt waren. Als er 100 Meter von der Stelle entfernt gewesen sei, habe der Kraftwagen nach starkem Hupen plötzlich in Flammen gestanden. Er sei darauf zurückgegangen. Die beiden Männer seien jedoch bereits mit einem Motorrad verschwunden gewesen.

Es ist also anzunehmen, daß Cramm nicht — wie erst angenommen wurde — einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Höchstwahrscheinlich ist er geflohen. Bei dem Kraftwagenbrand dürfte es sich um ein Verschleierungsmanöver handeln. Darüber, ob Cromm Unterschlagungen begangen hat, und wie hoch die veruntreute Summe ist, kann zurzeit noch nichts Genaues gesagt werden.

Weihnachts-Verlosung

Verlangen Sie unsere

Gratis-Lose

Alsberg & Blank

Witten



Japan mobilisiert seine studentische Jugend.

Eine japanische Studentenkompagnie bringt dem Mikado eine Huldigung vor dem Palast in Tokio dar.

Wie kriegerisch die allgemeine Stimmung in Japan ist, geht aus der Tatsache hervor, daß sich überall die Studenten der Hochschulen zu Ausbildungskommandos gemeldet haben, wo sie einem scharfen militärischen Training unterzogen werden. Für den mandschurischen Krieg werden diese Studentenkompagnien kaum in Frage kommen, doch scheint man die Möglichkeit einer Ausdehnung des Konfliktes auch auf andere mächtige Staaten in Betracht zu ziehen.

Volkswirtschaft und Soziales.

Schiedsspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie.

WTB. Leipzig, 26. November. Vom Schlichter für Mitteldeutschland wurde in dem Lohnstreit der mitteldeutschen Metallindustrie ein Schiedsspruch gefällt. Danach werden die auf Grund eines für verbindlich erklärten Schiedsspruches vom 7. Juni vereinbarten und zum 31. Oktober 1931 gekündigten Lohntafeln für die Tarifgebiete Halle, Anhalt, Magdeburg und Thale u. a. mit Kürzungen, die rund 7 Prozent betragen, wieder in Kraft gesetzt. Die Lohnregelung tritt mit der nächsten Lohnwoche in Kraft und kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 29. Januar 1932 gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 2. Dezember.

Der Ueberfall auf den Polizeipräsidenten.

Zörgiebel im Gerichtssaal. — Zum vierten Male Prozeß Heidrich.

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I in Berlin begann nochmals die Verhandlung gegen den Arbeiter Heidrich wegen Körperverletzung, Beleidigung und Bedrohung des früheren Polizeipräsidenten Zörgiebel. Bei der Anklage handelt es sich um den Ueberfall auf den damals noch amtierenden Polizeipräsidenten, der als Zeuge über die blutigen Vorgänge am 1. Mai 1929 in einem Prozeß vernommen wurde. In dieser Verhandlung war auch Heidrich als Zeuge geladen. Als der Polizeipräsident nach seiner Vernehmung den Saal verlassen wollte, sprang Heidrich von seiner Bank auf und versetzte dem Polizeipräsidenten mit dem Schrei: „Arbeitermörder!" einen Faustschlag ins Gesicht. Heidrich war vom Schnellgericht zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Berufungsinstanz hatte die Strafe auf vier Monate und eine Woche Gefängnis ermäßigt. Auf die Revision verwies das Reichsgericht die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. In der neuen Verhandlung soll nun die Vorführung eines am 1. Mai 1929 aufgenommenen Filmstreifens erfolgen. Durch den Film gedenkt der Angeklagte den Wahrheitsbeweis für die Bezeichnung „Arbeitermörder" zu erbringen. Der Zeuge Zörgiebel wurde vom Gericht kurz über die Vorgänge im Gerichtssaal gehört. Eine Aussagegenehmigung für Bekundungen über die polizeilichen Maßnahmen am 1. Mai ist sowohl für den früheren Polizeipräsidenten Zörgiebel wie für den jetzigen Polizeipräsidenten Grzesinski und den Kommandeur der Schutzpolizei, Polizeioberst Heimannsberg, vom Staatsministerium verweigert worden.



Ein neuentdeckter Tonfilmstar.

Die junge Leipziger Schauspielerin Hertha Thiele spielt die Hauptrolle in dem neuen Tonfilm „Mädchen in Uniform", dessen Uraufführung demnächst stattfindet. In diesem Film, der eine Tragödie in einem Mädcheninternat schildert, spielt kein Mann mit. Auch die Regie liegt bei einer Frau, der Schauspielerin Leontine Sagan. Der Film stammt von der Dichterin Christa Winsloe.

Aus dem Gerichtssaal

Wegen Gattenmordes zum Tode verurteilt.

cnb. **Bonn,** 25. Novbr. Das Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Georg Göbel aus Euskirchen wegen Mordes an seiner Ehefrau zum Tode und dauerndem Ehrverlust. Der Angeklagte nahm das Urteil an. Die Ergebnisse der Ortsbesichtigung hatten mit den Angaben des Angeklagten nicht übereingestimmt, wonach ihn die Frau verfolgt habe und dabei in einen Fluß gefallen sei. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte seine Frau zu dem Flüßchen gelockt, dort gewürgt und ihren Kopf solange unter Wasser gehalten habe, bis sie tot war. Das Gericht will ein Gnadengesuch befürworten.

Gefängnisstrafen für den verunglückten Diebstahl eines Geldschrankes.

CNB. **Dortmund,** 26. November. Das Dortmunder Schöffengericht verurteilte heute den 20jährigen Arbeiter Kurt Krummrei zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, den 19jährigen Arbeiter Wilhelm Seitz zu 10 Monaten, den 30jährigen Arbeiter Emil Kudwin zu acht Monaten und den 22jährigen Arbeiter Heinrich Schmitz zu sechs Monaten Gefängnis. Die vier jungen Leute hatten sich in einer Oktobernacht zu dem Gut des Landwirts Kühl im Stadtteil Wellinghausen, wo Seitz früher beschäftigt gewesen war, begeben, um nach einem verabredeten Plan einen Einbruch auszuführen. Mit einer aus dem Stall geholten Leiter kletterten sie in das erste Stockwerk, wo sich der Büroraum des Landwirts befand. Dort machten sie sich an dem sechs Zentner schweren Geldschrank zu schaffen, den sie auf der Leiter zur Erde rutschen lassen wollten. Da aber die Leiter ausglitt, und der Geldschrank mit lautem Getöse zur Erde fiel, wurde der Besitzer wach. Er ging mit einem Jagdgewehr dem Geräusch nach und als er im Gebüsch eine Taschenlampe aufblitzen sah, gab er zwei Schüsse ins Dunkle ab. Von den Dieben, von denen Krummrei eine Waffe bei sich trug, wurde dann noch ein Schuß abgegeben. Kurz darauf trafen die alarmierten Landjäger und das Dortmunder Ueberfallkommando ein, die die vier Burschen auf freiem Felde festnahmen.

Verhältnisse im Osten.

„Jeden Tag der Gerichtsvollzieher." — Erhaltung der kranken Betriebe. — Siedlungsbewegung großen Stiles. — „Land haben wir genug."

Im Haushaltsausschuß des Reichstages sprach Reichsminister Schlange-Schöningen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Osthilfe. Die Verhältnisse im Osten lägen heute so, daß nicht diejenigen Großbetriebe am gefährdetsten seien, die etwa am schlechtesten gewirtschaftet hätten, sondern diejenigen, die am intensivsten gewirtschaftet hätten, die also den größten Kapitalumlauf aufwiesen und damit am stärksten in die Zinsmühle gekommen seien.

Die Krise beschränke sich heute nicht nur auf den Grundbesitz, sondern genau so sehr auf die Bauernschaft und auf die Siedler. Während man früher, wenn man von einer großzügigen Ostpolitik sprach, eine Besiedlung des Ostens im Auge hatte, sei heute eine rückläufige Bewegung, eine Entsiedlung, ein Abströmen der Menschen vom Osten festzustellen. Nicht nur aus volkswirtschaftlichen, sondern auch aus nationalpolitischen Gründen sei diese Entwicklung unerträglich. Zu der wirtschaftlichen Lage komme noch, daß die Menschen draußen durch parteipolitische Agitation wild gemacht würden, bis sie ganz den Kopf verlören, und das in einer Zeit, in der es darauf ankomme, die Nerven zu behalten. Aus diesem Grunde habe er durch die Notverordnung dem unerträglichen Zustande ein Ende zu machen sich bemüht, daß die Landwirte jeden Tag vom Gerichtsvollzieher bedrängt werden.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte der Minister, er hoffe, daß die Arbeit der Osthilfe sich nicht mehr über Jahre, sondern nur über Monate erstrecken werde. Um dieses Tempo hineinzubringen, brauche er den Druck sowohl auf die Schuldner, wie auf die Gläubiger, den die Notverordnung ausübt. Man habe über die Eingriffe in die Rechte der Gläubiger geklagt, und man habe hier von wohlerworbenen Rechten gesprochen.

Wie stehe es mit den sogenannten wohlerworbenen Rechten der Beamten, und wie stehe es — das müsse gesagt werden — mit den Löhnen der Arbeiter? Schematisch Rechte zu bewahren, die in einer ganz anderen Zeit unter ganz anderen Voraussetzungen entstanden sind, wäre verfehlt. Wenn man den Arbeitern einen Lohnabbau zumutet, dann könne man auch nicht davor zurückschrecken, den überhöhten Zinsdruck als unerträglich anzusehen.

Der Minister lehnte entschieden ab, irgendwelche Reichsgelder zu verwenden für Großbetriebe, die den modernen volkswirtschaftlichen Anforderungen nicht genügen. Ueberall dort, wo Wirtschaftsformen bestehen, die heute nicht mehr zeitgemäß sind, will der Minister eine Siedlungsbewegung großen Stils aufziehen. Land hätten wir genug. Es handele sich nur um die Rentabilität der Siedler. Es komme nicht darauf an, dem Siedler schöne Steinhäuschen hinzubauen mit allem möglichen Komfort, schöne Ställe, die sehr hübsch aussehen und deren Erhaltung dann sehr teuer ist. Es ist viel richtiger, wenn der Siedler sich das alles selbst schafft und aufbaut nach seinen eigenen Erfordernissen. Der Siedler müsse wissen, daß er auf dem Fleck, auf dem er nun angelangt ist, sitzen bleiben könne. Er müsse so gestellt werden, daß er aus seiner Siedlung eine Rente herauswirtschaften könne. Eine Zusammenarbeit aller Berufsstände zur Erhaltung der kranken Betriebe im Osten sei dringend notwendig, damit nicht im nächsten Jahr zu wirtschaftlichen und politischen Sorgen akute Ernährungsschwierigkeiten hinzukommen.

Ein Opfer von Wahnideen.

Von Okkultisten in den Tod getrieben.

Berlin, 25. November.

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I führt zur Zeit eine Untersuchung, die in der Kriminalgeschichte nicht ihresgleichen hat. Es besteht der dringende Verdacht, daß die 72jährige Witwe des bedeutenden norwegischen Kunstmalers Bernd Groenvold, die am 2. November in ihrer Wohnung in der Hohenzollernstraße 14 im Tiergarten starb, von Personen in den Tod getrieben worden ist, die Kenntnis von den okkultistischen Wahnideen der unglücklichen Frau hatten und ihr aufgaben,

zehn Tage lang betend und fastend in ihrem Wohnzimmer kniend zu verharren.

Die Frau, deren Gesundheit ohnehin erschüttert war, hat diese Kasteiung nicht überlebt. Die Staatsanwaltschaft ist der Ansicht, daß diejenigen, die der alten Frau den Rat gegeben haben, genau wissen mußten, daß die Ausführung des Rates den Tod zur Folge haben müsse, so daß der Tatbestand der vorsätzlichen Tötung nach Ansicht der Staatsanwaltschaft gegeben ist.

Das Ehepaar Groenvold, das kurz vor dem Kriege nach Berlin aus Norwegen übersiedelte, verstand es bald, sein Heim in der Hohenzollernstraße zu einem künstlerischen und gesellschaftlichen Mittelpunkt zu machen. Sowohl Groenvold wie seine Gattin waren begabte Maler, deren erste Ausstellung bei Gurlitt Aufsehen erregte. Seine Sammlungen hatten internationalen Ruf und waren der Oeffentlichkeit lange Zeit als Leihgaben in der Nationalgalerie und der Hamburger Kunsthalle zugänglich.

Frau Groenvold trat in Berlin zum Katholizismus über, geriet aber trotzdem in Okkultistenkreise, die ihre mystischen Ideen krankhaft zu steigern wußten. Als Groenvold vor einigen Jahren starb, verstärkte sich der Hang zum Mystizismus in der Frau immer stärker, und ihr Leben hatte nur den einen Zweck, mit dem geliebten verstorbenen Gatten weiter in Verbindung zu bleiben. Bald scharten sich um die Frau eine Reihe von Betrügern, die diese Neigungen skrupellos ausnutzten. Der ehemalige Artist Wistuba, der vor einigen Jahren in Berlin abgeurteilt worden ist, jonglierte mit Geisterfilmen und lockte der Frau nicht nur ein Vermögen, sondern auch wertvolle Bilder ab. Ein Mann namens Meyrowitz, der sich auch Ehringhausen nennt und jetzt in Untersuchungshaft genommen worden ist, brandschatzte die Frau um Tausende und aber Tausende. Ein Ehepaar Hartorg operierte mit Geistertelegrammen, in denen der verstorbene Maler Groenvold kundgab, das Ehepaar Hartog sei mit ausreichenden Geldmitteln zu versehen.

Außer diesem ausgesprochenen Betrügerkonsortium scharte sich um Frau Groenvold aber auch ein gesellschaftlich qualifizierter Kreis, der die Neigungen der Frau gleichfalls zur persönlichen Bereicherung ausnutzte. So hat die Schriftstellerin Gertrud Prellwitz, deren 60. Geburtstag vor zwei Jahren in der Oeffentlichkeit gefeiert wurde, und die den okkultistischen Zirkeln beiwohnte, einige tausend Mark von Frau Groenvold erhalten und Reisen auf deren Kosten unternommen; eine andere Schriftstellerin, Frau Else Fahrenkamp in Weimar, scheint sogar Geldzuwendungen in ursächlichem Zusammenhang mit angeblichen „Gesichten" beansprucht und empfangen zu haben.

Wer der unglücklichen Frau Groenvold den Rat gegeben hat, die zehntägige Bet- und Fastkur auf sich zu nehmen, wird von der Staatsanwaltschaft zur Zeit untersucht. Sollte es gelingen, die Urheber dieses Planes zu ermitteln, so wird die Staatsanwaltschaft eine Anklage erheben, die bisher nicht ihresgleichen hat.

Stadtinspektor als Juwelenkäufer.

40 000 Mk. Schulden.

Essen, 25. Novbr. Der bei der Stadtverwaltung Essen beschäftigt gewesene Stadtinspektor Neuhaus hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Vergehens im Amte zu verantworten. Vor einigen Jahren erregten die in aller Oeffentlichkeit gegen Neuhaus erhobenen schweren Beschuldigungen großes Aufsehen. Der Stadtinspektor verwaltete während des Ruhreinbruchs das städtische Besatzungsamt und soll aus dem Fonds, dessen Verwendung nach Lage der Dinge nur Vertrauenssache sein konnte, sich gar zu reichlich gesegnet haben. Jahrelang dauerte die Untersuchung gegen Neuhaus, der inzwischen auf halbes Gehalt gesetzt worden war. Das Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht endete mit einem Freispruch nach dem alten Rechtsgrundsatz „Im Zweifelsfalle für den Angeklagten". Als Erinnerung an die Franzosenzeit hat nun Neuhaus, dem die Anklage Betrug in vier Fällen zur Last legt, eine enorme Schuldenlast zurückbehalten. In der stundenlangen Verhandlung wurden Zahlen von 40 000 bis 50 000 Mark genannt. Der Stadtinspektor hat auch eine Regreßklage gegen die Stadtverwaltung angestrengt und hofft auf eine Entschädigung, die ihn von den drückenden Lasten befreien soll. Da aber die Stadt Essen jeden Anspruch bestreitet, werden, so bemerkte der Anklagevertreter, Jahre vergehen, ehe dieser „Anspruch" des Beamten zugunsten des Gläubigerheeres realisierbar sei, immer vorausgesetzt, daß die Stadt den Prozeß verliert. Neuhaus machte nun in der größten Not Geschäfte. Er gab sich den Anschein, als ob er Stellen vermitteln könne. Er ließ sich von einem Bekannten, der ebenfalls verdienen wollte, einen Erwerbslosen zuführen. Aus dem Geschäft wurde aber nichts, denn die Arbeit, die der Erwerbslose für kurze Zeit bei der Stadtverwaltung als Wohlfahrtsarbeiter erhielt, hätte er auch ohne Neuhaus bekommen. Aber 200 Mark Darlehen nahm der Beamte dem Manne ab, der voll böser Ahnungen bei dem Besitzwechsel die Worte fallen ließ: „Es ist aber mein letztes Geld". Ein aus Amerika zurückgekehrter Chauffeur suchte Arbeit. Gute Freunde des Stadtinspektors verwiesen ihn an diesen, als sie erfuhren, daß der Chauffeur 10 000 Mark Ersparnisse mit nach Deutschland gebracht hatte. Der Stellungsuchende wurde solange bearbeitet, bis er 700 Mark als Darlehen gegen Wechsel gab. Er hofft noch heute auf feste Stellung durch Vermittlung des Herrn Inspektors. Neuhaus, gewohnt, mit anderen Summen zu rechnen, spekulierte bei diesem Heimkehrer vergeblich auf 6—8000 Mark, für die als Sicherheit die zu erwartende hohe Entschädigung durch die Stadtverwaltung herhalten mußte. Trotz seiner geradezu verzweifelten Finanzlage kaufte der Beamte für seine Braut, die Inhaberin einer Tanzdiele in Düsseldorf, Schmuckfachen im Werte von insgesamt 1800 Mark, natürlich nicht gegen bar, sondern gegen Akzepte, die prompt zu Protest gingen. Wieder spielte der Angeklagte bei diesen Käufen auf die hohe Entschädigung an, zu deren Zahlung die Stadtverwaltung demnächst verurteilt werden würde. Interessant war bei diesen Käufen, daß sich in das Geschäft drei Zwischenhändler einschoben und die entsprechende Provision erhielten. Keiner der Händler fühlte sich indessen geschädigt, obwohl ein Kölner Brillantenhändler aus einem Verkauf von 1200 Mark noch 400 M von Neuhaus zu fordern hat. Dem Vorsitzenden gelang die Klärung dieses Rätsels. Der Verdienst des Händlers war so hoch, daß er trotz dieses Verlustes noch auf seine Rechnung gekommen ist. Durch die dienstliche Zusammenarbeit mit Neuhaus schwer in Bedrängnis geraten ist auch ein Stadtsekretär, der als Zeuge vernommen wurde und dessen Gehalt auf drei bis vier Jahre vorgepfändet ist. Aus irgend einem Grunde hat er öfters für Neuhaus „quer geschrieben", bis das bittere Ende kam und der Stadtsekretär für 4000 Mark als Bürge in Anspruch genommen wurde. Dieser kleine Beamte hofft noch immer, von Neuhaus eines Tages das Geld wiederzubekommen. Inzwischen hat Neuhaus den von ihm angerichteten Schaden in den zur Anklage stehenden Fällen wieder gutgemacht.

Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, während der Verteidiger Freispruch begehrte, da man dem Stadtinspektor die Betrugspflicht nicht nachweisen könne.

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende das Urteil, das auf 300 Mark Geldstrafe wegen Betruges in einem Falle (Darlehnsschwindelei in Höhe von 200 RM.) lautete. In den übrigen drei Fällen erfolgte die Freisprechung des Angeklagten auf Kosten der Staatskasse, da dem Angeklagten die Absicht des Betruges nicht nachgewiesen werden könne.

Der sechste Sinn.

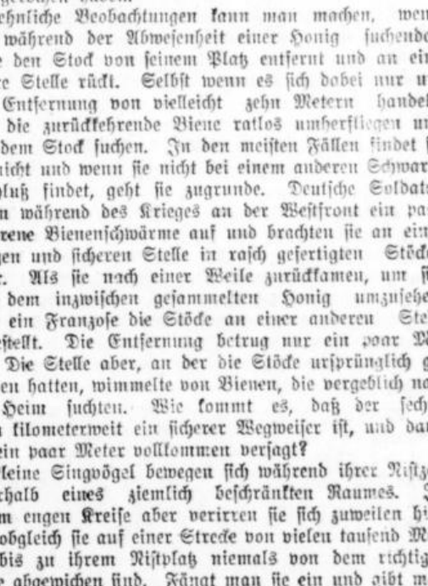
Die Sicherheit, mit der Tiere, auch in völlig fremder Gegend, ihren Weg finden, wird dem Menschen wohl immer ein Rätsel bleiben. Die Wissenschaft hat ständig nach einer Lösung gesucht, bisher aber keine gefunden. Die Lösung wird uns wahrscheinlich auch verschlossen bleiben, denn die unbeirrbar sicheren Pfadfinder unter den Vierfüßlern, den Vögeln und den Insekten, besitzen, wie man annehmen muß, einen sechsten Sinn, den der Mensch nicht besitzt oder der ihm abhanden gekommen ist und dessen Aeußerungen er deshalb nicht verstehen kann. Man braucht sich nur einmal vorzustellen, daß der Mensch im Gegensatz zum Tier kein Gehör besitze. Dann wäre es auch unfaßbar, daß der Hund beim Nahen eines Fremden die Ohren spitzt und unruhig bellt, lange bevor er den Fremden sieht, daß er den Tritt eines Fremden und den seines Herrn genau zu unterscheiden weiß, daß das Läuten des Telephons ihn gleichgültig läßt, die Türklingel ihn aber sofort in Aufregung versetzt und zum Bellen veranlaßt, so steht es auch mit dem sechsten Sinn, den Tiere vor uns voraushaben.

Dieser Sinn dient den Zugvögeln als sicherer Wegweiser, wenn sie nach dem Süden fliegen und mit erstaunlicher Bestimmtheit in weiter Ferne genau den Fleck wiederfinden, an dem sie im Jahre zuvor ihr Winterquartier bezogen haben. Er leitet aber auch die jungen Vögel, die die weite Reise zum ersten Male unternehmen und sich ohne Führer unter den vielen „Luftverkehrslinien" sicher zurechtfinden. Aehnliche Beispiele gibt es im Tierreich in großer Zahl. Man beobachte einmal eine Biene, die ihren Korb verläßt, um auf die Honigsuche zu gehen. Scheinbar ziellos fliegt sie in der Umgebung umher. Sie entfernt sich drei oder vier Kilometer von ihrem Stock. Hat sie die Honigheute aber eingeheimst, so fliegt sie ohne auch nur das geringste Schwanken in gerader Linie zu ihrem Stock zurück.

Auch die Ameise beweist die Sicherheit dieses Instinktes. Sie wandert in die Kreuz und Quere, verliert sich dabei zwischen Blöcken und Steinen, die ihr bei ihren Größenverhältnissen wie riesengroße Berge vorkommen müssen. Hat sie ihre Beute gesammelt, so kennt dieselbe Ameise nur ein Ziel und sie geht schnurstracks über alle Hindernisse darauf zu. Seltsamerweise versagt der sechste Sinn, der solche Wunder zu vollbringen vermag, in anderen Fällen vollständig. Es hat ganz den Anschein, als ob die, unseren Augen unsichtbare Spur, die sie verfolgen, auch verloren gehen könnte. Es ist sicher schon jedem aufgefallen, daß ein im Freien gedeckter Frühstückstisch mit seinen Süßigkeiten Bienen und Wespen anzieht. Die Insekten kommen oft aus weiter Entfernung und erreichen mit unfehlbarer Sicherheit den Tisch, dessen Duft sie meilenweit anlockt. Haben sie das Ziel erreicht, so schwirren sie oft lange und manchmal vergeblich suchend umher, um zwischen den Tassen und Schüsseln die Süßigkeit herauszufinden, die sie meilenweit gerochen haben.

Aehnliche Beobachtungen kann man machen, wenn man während der Abwesenheit einer Honig suchenden Biene den Stock von seinem Platz entfernt und an eine andere Stelle rückt. Selbst wenn es sich dabei nur um eine Entfernung von vielleicht zehn Metern handelt, wird die zurückkehrende Biene ratlos umherfliegen und nach dem Stock suchen. In den meisten Fällen findet sie ihn nicht und wenn sie nicht bei einem anderen Schwarm Anschluß findet, geht sie zugrunde. Deutsche Soldaten fingen während des Krieges an der Westfront ein paar verlorene Bienenschwärme auf und brachten sie an einer ruhigen und sicheren Stelle in rasch gefertigten Stöcken unter. Als sie nach einer Weile zurückkamen, um sich nach dem inzwischen gesammelten Honig umzusehen, hatte ein Franzose die Stöcke an einer anderen Stelle aufgestellt. Die Entfernung betrug nur ein paar Meter. Die Stelle aber, an der die Stöcke ursprünglich gestanden hatten, wimmelte von Bienen, die vergeblich nach ihr Heim suchten. Wie kommt es, daß der sechste Sinn kilometerweit ein sicherer Wegweiser ist, und dann auf ein paar Meter vollkommen versagt?

Kleine Singvögel bewegen sich während ihrer Nistzeit innerhalb eines ziemlich beschränkten Raumes. In diesem engen Kreise aber verirren sie sich zuweilen hilflos, obgleich sie auf einer Strecke von vielen tausend Meilen bis zu ihrem Nistplatz niemals von dem richtigen Wege abgewichen sind. Fängt man sie ein und zibt man ihnen ein paar Kilometer von dem Nistplatz entfernt die Freiheit zurück, so können sich nur die wenigsten zurechtfinden und ihr Nest wieder erreichen. Der sechste Sinn, der sie sicher über Meere geführt hat, läßt sie in engem Kreise in Stich. Auch von dieser Seite betrachtet, ist der sechste Sinn ein Rätsel.



Phot. Ufa

Conrad Veidt

Verschiedenes

Das Haus des Schreckens!

In der Nähe von Nancy wurde die Polizei wiederholt auf ein Internat aufmerksam gemacht, dessen Leiter fortgesetzte schwere Mißhandlungen begehe. Von den Internatsschülern waren Briefe an die Oeffentlichkeit gelangt, in denen sie sich an alle möglichen Leute um Rat und Hilfe wandten. Die Schüler dieses privaten Erziehungs- und Ausbildungsheims durften keine Briefe schreiben, die nicht durch den Leiter zensiert waren. So halfen sie sich schließlich damit, daß sie heimlich geschriebene Briefe über die Mauer warfen, so daß sie von Passanten gefunden wurden. Die Polizei ging daran, die Wahrheit dieser Behauptungen zu untersuchen. Die Untersuchung ergab ganz einwandfrei, daß der Internatsleiter für teures Geld, was er sich von den Angehörigen seiner Schule zahlen ließ, keine Gegenleistungen lieferte. Die Schülern haben nicht mehr gelernt, die Kost war schlecht; was aber das schlimmste war, sie wurden bei den geringsten Verfehlungen von dem Leiter und dessen Frau halb zu Tode geprügelt. Aerztliche Untersuchungen der Schüler ergaben, da die Kinder mit Stöcken, Peitschen und Lederriemen auf das nackte Fleisch geschlagen worden waren. Der Internatsleiter und dessen Frau wurden augenblicklich verhaftet, die Anstalt sofort geschlossen!

•

70 Millionen Hunde gibt es.

Wie eine belgische Zeitung berichtet, gibt es nach einer in Amerika aufgestellten Statistik 70 Millionen Hunde auf der Welt. Amerika selbst steht dabei an der Spitze mit 6 Millionen, dann folgt England mit ungefähr 4 Millionen, Frankreich mit 3, Deutschland mit 2 Millionen Hunden. In England wird den Hunden besondere Fürsorge zugewandt. Es gibt dort mehr als 600 Gesellschaften und Clubs, die sich mit dem Geschick der Hunde beschäftigen. Nach dem Gesetz werden hier Personen, die Hunde mißhandeln, bestraft.

Provinz-Nachrichten

Dortmund, 27. November. (Das Vergleichsverfahren) wurde über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Gebrüder Hahne, die auch Zweigstellen in Aplerbeck und Hombruch hat, eröffnet.

Hattingen, 27. November. (Zwei diamantene Hochzeiten in einem Dorf.) In Elfringhausen bei Hattingen feierten die Eheleute Lindermann unter Anteilnahme von 350 Personen das Fest der diamantenen Hochzeit. Ferner beging der Obermeister Rosendahl mit seiner Frau das Fest der diamantenen Hochzeit. Beide Ehepaare sind geistig frisch und körperlich so gesund, daß sie auch die „Eiserne" in fünf Jahren noch erleben können.

Essen, 26. November. (Einbruch in ein Pfarrhaus.) In der Nacht wurde in ein in der Steinbrinkstraße im Stadtteil Sterkrade gelegenes Pfarrhaus eingebrochen. Es wurden etwa 100 Mark gestohlen.

Wermelskirchen, 26. November. (Durch heißen Kaffee verbrüht.) Eines schmerzvollen Todes starb das einjährige Kind eines Handlungsgehilfen. Das Kind zog eine Kanne mit heißem Kaffee vom Tische. Der Inhalt ergoß sich über das Kind. Die Verbrühungen waren so stark, daß das Kind im Krankenhaus kurz nach der Einlieferung verschied.

Oberhausen, 26. November. (Erst Liebe, dann Hiebe.) Am Montag abend gegen 6 Uhr wurde die Schnellhilfe durch die Feuerwehr zur Ecke Feld- und Hochstraße gerufen, wo eine seltsame Auseinandersetzung im Gange war. Ein Arbeiter aus der Steinstraße und seine jetzige Braut hatten dort eine in der Roothstraße wohnende frühere Braut des Arbeiters überfallen und erheblich verletzt. Der Ueberfallenen wurden die Zähne eingeschlagen.

Herford, 27. November. (Auf Patronen geschlafen.) Im Zusammenhang mit der Verhaftung von neun Kommunisten wegen Diebstahls von Waffen und Munition auf einem Scheibenstand wird jetzt noch bekannt, daß bei der Haussuchung bei einem Festgenommenen u. a. auch ein Kopfkissen beschlagnahmt wurde, in dem sich säuberlich vernäht einige hundert Schuß Munition befanden. Das Kopfkissen war seiner Zweckbestimmung trotz der gefährlichen Füllung nicht entzogen worden.

Bielefeld, 26. November. (Unterschlagungen bei der Bielefelder Ortskrankenkasse.) Der seit etwa sechs Jahren bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bielefeld beschäftigte Vollziehungsbeamte H. hat sich, wie jetzt durch Zufall festgestellt wurde, Veruntreuungen zuschulden kommen lassen. Er hat etwa 2000 Mark unterschlagen. Wie verlautet, soll H. den unterschlagenen Betrag zum Teil an einen Freund verliehen haben, der infolge eintretender Arbeitslosigkeit die Schulden nicht zurückzahlen konnte.

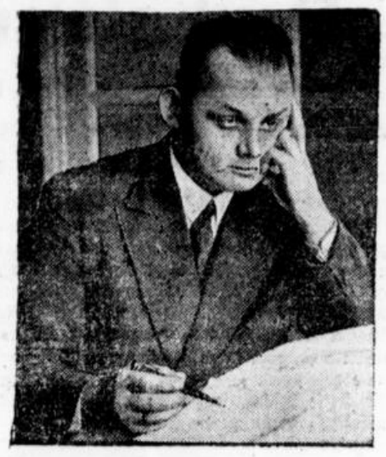
Minden, 25. November. (Eine Submissionsblüte von 22 000 Mark.) Bei der Vergebung der Maler- und Anstreicherarbeiten für den Blothoer Postneubau belief sich die Höchstforderung auf 23 000 Mark, während die Mindestforderung 988 Mark betrug. Die Differenz zwischen beiden Forderungen beträgt also nicht mehr und nicht weniger als 22 012 Mark.



Der Zustand des Europameisters Pistulla ernst.

Ernst Pistulla, der deutsche Europameister im Halbschwergewicht, eine der stärksten Hoffnungen des deutschen Boxsports, ist an einem Gehirnleiden so schwer erkrankt, daß über seinen Zustand ernste Besorgnis herrscht. Pistulla hatte sich bei einem Sprung in einem Hamburger Schwimmbad eine gefährliche Kopfverletzung zugezogen, als deren Folgen das Leiden sich einstellte.





Umwälzende Erfindungen oder phantastische Spielereien?

E. v. Caneghem, ein in Deutschland lebender Flame, will ein Verfahren erfunden haben, das die Ausnutzung stehender Gewässer zur Energiegewinnung ermöglicht. Durch eine verhältnismäßig einfache Konstruktion von Kapillaröhren soll es gelingen, den Bodendruck einer Wassersäule ohne Gefälle in ganz erheblichem Ausmaße zu erhöhen, wodurch aus jedem Dorfteich phantastische Energien gewonnen würden.

Alfons Pietsch, der Berliner Raketenforscher, arbeitet an der Konstruktion eines Raketenflugzeuges, das bis zu 20 Kilometer in die Stratosphäre aufsteigen können soll. Mit Hilfe eines solchen Flugzeuges, das nach Angaben von Pietsch gar keiner besonderen Tragflächen benötigt, soll es gelingen, die Entfernung nach Amerika innerhalb einer Stunde zu überbrücken.

Mein Kind.

von Fr. v. Maltitz.

Klein Susel hatte viel getollt,
Konnt nun nicht schlafen als sie sollt,
Zu eng war ihr das Bettchen.
Sie dachte an den Sonnenschein,
Blauveilchen und die Vögelein,
An Ringelreihn und Kettchen.

Doch endlich drückte Sandmännlein
Ihr zu die lieben Guckäuglein,
Sie lächelt hold im Traume.
Viel Sternlein und der Mondenschein,
Sie grüßen hell ins Kämmerlein,
Ziehn still im Weltenraume.

Aus aller Welt

Abschluß der deutsch-schweizerischen Verhandlungen.

Berlin, 26. November. Bei den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen haben die Delegationen soeben ihre Arbeiten vorläufig abgeschlossen, um zunächst den beiderseitigen Regierungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Einspruch gegen eine Uraufführung.

CNB. **Berlin,** 25. November. Gegen die für den 29. November vorgesehene Uraufführung „Was weiß Kornel?" von Rudolph Roberts hat der Rechtsbeistand von Max Sklarek bei der Intendantur des Staatstheaters Einspruch erhoben. Ebenso hat er die Einstellung der Proben verlangt. Das Staatstheater wird das Stück, das die Affäre Sklarek behandeln soll, trotzdem aufführen.

„Einfacher" Fasching in München.

München, 26. November. Nachdem Polizeidirektion und Stadtrat München keine Einwände gegen die Abhaltung eines in einfachem Rahmen gehaltenen Faschings erhoben haben, haben die Münchener Saalbesitzer gestern abend beschlossen, den Fasching in diesem Sinne wieder durchzuführen.

Schwarze Listen im „Braunen Haus".

München, 26. November. Die sozialdemokratische „Münchener Post" veröffentlicht heute auf der Titelseite in großer Aufmachung eine Auslassung, in der behauptet wird, daß im „Braunen Haus" in München Listen von Personen angefertigt werden, die „erledigt" werden sollen, wenn die Nationalsozialisten zur Macht kommen. Eine dieser Listen wird von der „Münchener Post" im Faksimile wiedergegeben.

•

— **Liebestragödie eines Polizeibeamten.** Der Polizeiwachtmeister Bernhardt Jorzig von der Berliner Polizei wurde mit seiner Braut Walli Hoffmann im Walde bei Woltersdorf erschossen aufgefunden. Jorzig hat durch einen Schuß zunächst seine Braut und dann sich selbst getötet. Der Grund zu der Tat ist in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu sehen, die das Brautpaar nicht zu einer Heirat kommen ließen.

— **Nach verfehlten Spekulationen geflüchtet.** Nach verfehlten Spekulationen, deren Verluste sich nach den bisherigen Schätzungen auf etwa 20 000 Mark belaufen, ist der Berliner Dentist Emil Zweigenthal, der Geschäftsführer der Berliner Dentisten-Hausgenossenschaft war, geflüchtet.

— **Motorradfahrer tödlich verunglückt.** In Adlershof bei Berlin ereignete sich ein schwerer Verkehrsunfall. Ein städtischer Müllabfuhrwagen stieß mit einem Motorrad mit Beiwagen zusammen. Der Führer des Motorrades erlitt schwere Brandwunden und verstarb kurz darauf im Krankenhause.

— **Ueberfall auf eine Spar- und Darlehnskasse.** In Kerzlin bei Neuruppin wurde auf den Verwalter der Spar- und Darlehnskasse, Fischer, ein dreister Raubüberfall verübt. Spätabends trat ein mit einem Revolver bewaffneter Fremder ins Zimmer und forderte Fischer auf, das im Hause aufbewahrte Geld herauszugeben. Vom Fenster aus richtete ein zweiter Räuber eine Waffe auf ihn. Die Täter raubten 2000 Mark Bargeld und verschwanden.

— **Raubüberfall auf eine Ohlauer Bankfiliale.** Zwei 20- bis 25jährige Männer drangen in die Ohlauer Filiale des Breslauer Bankgeschäftes Fuhrmann ein. Einer von ihnen stürzte sich auf die allein anwesende Sekretärin, würgte sie und drohte ihr, sie zu erschießen, falls sie um Hilfe riefe. Die beiden Räuber ergriffen darauf mit dem Inhalt der Kasse, etwa 2000 Mark in Papier und Silbergeld die Flucht. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß es sich um dieselben Täter handelt, die in Breslau einem Kassenboten des Breslauer Bankvereins 9000 Mark geraubt haben.

— **Bankdirektor Seiffert in Nordschleswig.** Aus Deutschland hat die dänische Kriminalpolizei eine Mitteilung erhalten, daß eine Spur des verschwundenen Bankdirektors Seiffert aus Berlin nach Alpenrade führe, und ist gebeten worden, nach einem Mann, auf den das beigefügte Signalement paßt, besonders zu fahnden.

— **Zugzusammenstoß im Saargebiet.** Bei der Einfahrt in den Bahnhof Mettlach fuhr der Personenzug 580 auf mehrere Güterwagen auf. Dabei wurde die Maschine des einfahrenden Zuges leicht und zwei Güterwagen schwer beschädigt. Personen kamen jedoch nicht zu Schaden. Die Gleise mußten vorübergehend gesperrt werden, doch wurde der Verkehr nicht aufgehalten.

— **Hirsch tötet einen Treiber.** Bei einer Treibjagd auf einem dem Herzog von Ratibor gehörenden Jagdgelände in Polen ereignete sich ein eigenartiger Unfall. Als die Treiber einen Kessel geschlossen hatten, wurde darin ein kräftiger Hirsch festgestellt, der plötzlich hochging und gegen die Treiberkette stürmte. Das Tier wandte sich gegen einen Treiber, nahm ihn an und stieß ihm das Geweih durch das rechte Auge in den Kopf, so daß die Spitze des Geweihs am Hinterkopf heraustrat. Der Treiber war auf der Stelle tot. Nur mit Mühe konnte die Leiche von dem Geweih befreit werden.

Wetterbericht der Wetterwarte Essen.

(Nachdruck verboten.)

Ueber dem nördlichen Atlantik herrscht nach wie vor rege Zyklonentätigkeit. Ein umfangreicher Sturmwirbel ist südwestlich von Island erschienen und hat den Wirbel, der gestern zwischen Island und Jan Mayen lag, sowie die Nordseestörung in seinen Wirkungsbereich einbezogen. Er saugt über Großbritannien und das westliche Mitteleuropa feucht-warme Ozeanluftmassen nordwärts, die seine Energie noch weiter verstärken. Unter ihrem Einfluß herrscht über Westeuropa bei frischen südwestlichen Winden allgemein starke Bewölkung und strichweise leichter Regen. Die Temperaturen liegen zwischen 7 und 10 Grad. Von Rußland her strömt noch immer abgekühlte Kontinentalluft nach Mitteleuropa ein. Im Mischungsgebiet zwischen ihr und der maritimen Warmluft herrscht zwischen Elbe und Rhein verbreiteter Nebel. Oestlich der Elbe liegen die Temperaturen bis etwa 4 Grad unter dem Gefrierpunkt.

Vorhersage für Freitag: Wechselnde, aber meist stärkere Bewölkung. Noch einzelne Regenschauer möglich. Bei heiterer Nacht Temperaturen nahe am Gefrierpunkt, tagsüber im allgemeinen mild. Mäßige um Südwest schwankende Winde.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Vorübergehende Beruhigung der Wetterlage und langsamer Temperaturrückgang. Nachts leichter Bodenfrost.

Bastige Ecke

— **Ewige Jugend.** „Verzeihung! Habe ich das Vergnügen, Fräulein Schniepel zu begrüßen?"

„Nein . . . ich bin Frau Schniepel!"

„Aha, also Fräulein Schnievels Mutter?"

„Nein — ihre Großmutter!"

— **Legitimation.** Die schüchterne junge Dame fragte leise am Postschalter, ob vielleicht ein Brief da wäre — für Fräulein Agathe Maier.

Ja, es war einer da. „Aber er ist eingeschrieben", erklärte der Beamte. „Haben Sie Legitimation bei sich?"

Die schüchterne junge Dame dachte nach. Dann meinte sie zögernd: „Ich habe in meinem Taschentuch ein Monogramm: A. M."

— **Fatal.** Frau Oberlehrer ist keine angenehme Gesellschafterin.

Sie hört nie zu.

Sie spricht nur.

Wenn man ihr etwas erzählt, hört sie nur mit halbem Ohr und nickt abwesend.

Gestern war große Gesellschaft bei Oberlehrers. Alle besseren Familien der kleinen Stadt waren geladen. Auch Referendars.

Frau Referendar sitzt neben Frau Oberlehrer.

Erzählt ihr etwas.

„Nicht wahr, Frau Oberlehrer?" fragt sie.

Frau Oberlehrer nickt, wie gewöhnlich, ohne eine Ahnung zu haben.

„Ja — natürlich — ja."

Da sagt Frau Referendar plötzlich mit lauter Stimme über den Tisch:

„Habt ihr gehört, Frau Oberlehrer hat mir eben bestätigt, daß sie immer ihre silbernen Löffel nachzählt, wenn wir weggegangen sind."

Herzliche Weihnachtsbitte der Krüppelanstalten Volmarstein i. W.

Nie fiel das Bitten mir so schwer,
Wie heut', wo man sich fragt: Ja, wer,
Wer kann denn noch an and're denken?
Wer kann noch geben, kann noch schenken,
Wenn täglich einer klopfet an,
Der meint, er sei am schlimmsten dran?
Verordnet ist uns mancher Verzicht,
Zu sparen an Kleidung, an Feuer und Licht.
Doch hab' ich von keiner Verordnung erfahren,
Daß einer müßte an Liebe sparen.
Vielmehr ist verordnet von Gott dem Herrn,
Daß jeder opfere von Herzen gern.
Wer liebend dem leidenden Bruder begegnet,
Der wird zur Weihnacht doppelt gesegnet.

Wieder naht Weihnachten! Helfen Sie uns trotz der Not der Zeit, unseren 820 Krüppeln, Alten, Taubstummen und Siechen den Weihnachtstisch zu decken. Jede Gabe der Liebe, gleichviel ob Geld, Lebensmittel, Kleidung, Tabak, Spielwaren usw. ist uns willkommen.

Mit herzlichem „Vergelt's Gott" und herzlichem Segenswunsch zum Weihnachtsfest

Pastor Vietor
Leiter der Krüppelanstalten
Volmarstein-Ruhr
Postscheckamt Köln 29 490.

Aus der Deutschen Turnerschaft

Vorstandssitzung des 3. Bezirks.

Zu einer eingehenden Besprechung über die turnerische Tätigkeit des kommenden Jahres trafen sich Anfang der Woche die Mitglieder des Bezirksvorstandes im städt. Saalbau zu Witten. Bezirksvertreter Sonnenschein, Wengern, eröffnete gegen 8 Uhr die Besprechung. Einstimmig erklärten sich die Mitglieder für die Abhaltung der noch im Terminkalender stehenden Tagung: Vereinsfachwartelehrgang mit anschließender Besprechung. Dem Antrage des Turnvereins Eintracht Annen, zu der Besprechung die Vorsitzenden der Vereine mit einzuladen, wurde entsprochen. So findet demnach die Tagung der Vereinsfachwarte mit den Vereinsvorsitzenden am 5. Dezember, nachm. 4.30 in Witten statt, während der Vereinsfachwartelehrgang am 13. 12. 31, nachm. 2 Uhr, ebenfalls in Witten, Halle Kurzestr., stattfinden soll. Wenn auch in anderen Bezirken dieser Lehrgang aus Sparsamkeitsrücksichten ausgefallen ist, so vertrat der Vorstand die Ansicht, mit Rücksicht auf die Führernot der Vereine ihn unbedingt abzuhalten; denn dieser Lehrgang soll in erster Linie dazu dienen, die Vereinsfachwarte mit neuem Stoff und neuen Anregungen für die Winterarbeit zu versehen.

Der Arbeitsplan des kommenden Jahres soll dem des Jahres 1931 ähneln. Den ausscheidenden Turnbrüdern des Bezirksvorstandes wurde auch weiterhin das Vertrauen entgegengebracht, so daß Wiederwahl beantragt werden soll. Bezirks-Oberturnw. Kriegesmann, Wetter erstattete Bericht über die Besprechung der einzelnen Oberturnwarte der Bezirke über die Abhaltung des Bezirksmannschaftsgerätekampfes in Sprockhövel. Der Kampf, zu dem der 2., 6. und 3. Bezirk je eine Mannschaft stellt, findet am 14. Februar in Sprockhövel statt. Die Tagesordnung der am Sonntag stattfindenden Gau- und Bezirks-Oberturnwartezusammenkunft wurde eingehend durchgesprochen und dem Vertreter des 3. Bezirks Anregungen übermittelt. Die Belange des Schneeschuhlaufens innerhalb des 3. Bezirks wurden dem Gauobmann des Märkischen Gaues, Schöneborn, Wetter, übertragen.

•

Städtekampf Dortmund — Witten im Stadtbad.

Für den am Sonntag, dem 29. November 1931, im hiesigen Stadtbad auszutragenden Städtekampf Dortmund — Witten hat man sich nunmehr auf folgendes Programm geeinigt:

1. Freistilstaffel 20×40 Meter,
2. Lagenstaffel (Rücken-Brust-Freistil) 6×100 Meter,
3. Brustst affel 10×80 Meter,
4. Freistilstaffel 6×100 Meter,
5. Bruststaffel 20×40 Meter,
6. Springen,
7. Wasserballspiel (7er Mannschaft).

Durch Vorführungen der DLRG. wird das Programm vervollständigt. In einem 200 Meter Freistilschwimmen trifft außerdem der deutsche Strommeister 1931 (Rademacher, Hellas-Magdeburg) mit dem deutschen Strommeister 1929 (Handschuhmacher, Westfalen-Dortmund) zusammen. Auf den Ausgang dieses Treffens kann man gespannt sein. Bei dem Zusammentreffen 1929 im hiesigen Stadtbad siegte Handschuhmacher knapp vor Rademacher.

•

Deutsche Jugendkraft Blau-Weiß Annen.

1. Mannsch. Annen — 1. Mannsch. Arminia Dortmund (Kreissonderklasse).

Zur Austragung eines Freundschaftsspieles treffen sich obige Mannschaften am Sonntag in Annen. Mit der Verpflichtung der Dortmunder Arminia-Mannschaft sieht die Annener Mannschaft erstmalig einem Gegner der Sonderklasse gegenüber. Man darf wohl gespannt sein, wie die Blau-Weißen sich dieser schwierigen Aufgabe entledigen werden. Die Dortmunder verfügen über eine körperlich starke und technisch gut durchgebildete Elf. Ihre besten Mannschaftsteile sind die Verteidigung und der Innensturm, der durch sein gutes Zusammenspiel auch der Annener Hintermannschaft am Sonntag schwer zu schaffen machen wird. Aber auch die übrigen Mannschaftsteile sind gut und ausgeglichen besetzt. Da aber auch die Annener Elf augenblicklich in sehr guter Form ist und besonders gegen klassenhöhere Gegner immer gute Spiele gezeigt hat, wird auch am Sonntag mit einem äußerst spannenden Spiel zu rechnen sein, dessen Ausgang vollständig offen ist. Anwurf 3 Uhr, Sportplatz Wittenerstr.

•

3. Mannsch. Annen — 2. Mannsch. „Ruhrtal" Witten. Abmarsch 1 Uhr vom Vereinslokal. Anwurf 2 Uhr Pferdebach.

•

2. Jugend Annen — 2. Jugend „Adler" Hombruch. Abfahrt 11.48 Uhr ab Annen Nord. Anwurf 12.30 Uhr.

•

Pflichtspiele der Schüler: 1. Schüler Annen — 1. Schüler Westfalia Hörde. — 2. Schüler Annen — 1. Schüler Komet Dortmund. Abfahrtzeiten sind auf dem Anschlagbrett bei van Pluer ersichtlich.

Stadtverordneten-Sitzung.

Sechs Punkte der Tagesordnung. — Dringlichlichkeitsanträge der SPD. — Schwere Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung. — Lebhafte Auseinandersetzungen. — Anfragen der KPD. — Kinderspeisung.

+ **Witten,** 27. November.

Wie wir in unserm Vorbericht andeuteten, war es eingetroffen, daß die auf der Tagesordnung stehenden 6 Punkte in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt wurden.

Anders war es bei den Dringlichkeitsanträgen. Im großen und ganzen liefen die Anträge und Anfragen der Antragsteller darauf hinaus, das Los der wirklich Bedrückten nach Möglichkeit zu lindern. Und auch wir sind der Meinung, daß mit der verlangten Schulspeisung möglichst sofort begonnen werden muß. Auch nehmen wir gern davon Kenntnis, daß viele Gewerbetreibende sich vor den großen Wagen spannen, um der allgemeinen Not Herr zu werden.

Aber mit Entschiedenheit weisen wir die ehrenrührigen Vorwürfe zurück, die der Stadtverwaltung gemacht worden sind. Ging doch aus den Entgegnungen des Stadtbaurats Dr. Bewig, des Stadtrates Zimmermann und des Beigeordneten Schlischo deutlich hervor, daß die Stadtverwaltung nach bestem Wissen und Können in die Verhältnisse eingegriffen hat.

Auch darf man die Schwierigkeiten nicht verkennen, welche durch die Maßnahmen der Regierung und anderer Organe den Kommunen entstanden sind.

•

Am Magistratstisch haben Platz genommen: Stadtbaurat Dr. Bewig, Stadtrat Zimmermann, Beigeordneter Schlischo, die unbesoldeten Stadträte: Junge, Schmitz, Rickert, Langensiepen und Osländer.

Anwesend sind: 43 Stadtverordnete. Mit Entschuldigung fehlt Stadtv. Blank.

Um 4,15 Uhr eröffnet Stadtverordnetenvorsteher Demtröder die Sitzung.

Das Protokoll wird verlesen. Hierauf kommt Stadtv. Nowakowski (K.) auf die verschiedenen Anfragen und Anträge seiner Partei zu sprechen, die aber zum größten Teil unbeachtet geblieben sind.

Stadtv.-Vorst. Demtröder erklärt, daß zu den Anträgen nach der Sitzung Stellung genommen werden soll. Weiter gibt er bekannt, daß seitens der SPD. zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen, die sich auf ungesetzliche Maßnahmen der Fürsorgeverwaltung und die sofortige Durchführung der Kinderspeisung beziehen.

Die 8 Anfragen der Komm. Partei sollen ebenfalls mit den obigen Anträgen nach der Sitzung zur Sprache kommen.

Die Tagesordnung beginnt mit

1. Wahl der Beisitzer des Mieteinigungsamtes.

Berichterstatter: Für den Wahlausschuß der Stadtv. Lindemann.

Es werden je 10 Beisitzer und 10 Stellvertreter von der Liste der Hausbesitzer und der Liste der Mieter vorgeschlagen und gewählt. Die Kommunisten haben zwar entsprechend der amtlichen Aufforderung keine Vorschlagsliste eingereicht, verlangen aber doch Berücksichtigung und fordern deshalb Vertagung der Wahl. Diese Vertagung wird abgelehnt, die vom Wahlausschuß vorgeschlagene Liste angenommen.

Stadtv. Reermann (Ztr.) macht grundsätzliche Bemerkungen zur Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.

An der lebhaften Aussprache über diesen Punkt beteiligt sich auch der Stadtv. Reinert (KPD.); er sagt: „Wir werden dann, wenn wir mal zur Herrschaft kommen, die Leute, die in Waggons wohnen, in die Villen einziehen lassen."

2. Bekanntgabe der an Stelle der ausgeschiedenen Stadtverordneten Neuhaus und Wöstheff für die verschiedenen Ausschüsse ernannten Ersatzmitglieder.

Berichterstatter: Für den Wahlausschuß der Stadtv. Lindenbaum.

Es sind gewählt worden in den Ausschuß für Theater und Musik, in den Rechnungsprüfungsausschuß, in den Aeltestenausschuß und den Grundstücksausschuß der Stadtverordnete Pleuger; in die Marktdeputation und in den Ausschuß für die Berufsschule der Stadtv. Pantz; in die Baudeputation die Stadtv. Pölking und Lagemann; in den Siedlungsaufsichtsrat der Stadtv. Lagemann; in den Finanzausschuß der Stadtv. Pithan; in den Sparkassenvorstand und den Schlachthofausschuß der Stadtv. Bonnermann.

3. Aenderung des Bebauungsplanes nebst Höhenplan für die Markmannstraße und für die Verbindungsstraßen zwischen Ober- und Johannisstraße sowie Markmann- und Winkelstraße.

Berichterstatter: Biebahn.

Die Zeichnungen und Pläne liegen zur Besichtigung auf. Dieselben werden eingesehen. Nach kurzen Erklärungen wird diesem Antrage zugestimmt.

4. Aufhebung eines Grundstücksvertrages.

Berichterstatter: Stadtv. Pleuger.

Das Kollegium ist einverstanden.

5. Austausch von Wegeflächen.

Berichterstatter: Stadtv. Steffen.

Der Austausch betrifft städtische Wegeflächen an der Eisenbahnstrecke Witten-Ost nach Annen-Süd; das Kollegium stimmt der Abtretung an die Reichsbahn zu.

6. Verkauf von Grundflächen.

a) Haldengelände in Witten-Bommern an den Schreinermeister W. Wolfsteller, 38,14 Qu.-R., je 3.— RM.

b) Restfläche in Witten-Heven an Ludwig Arth, 176 Qu.-R., je 36 RM.

Berichterstatter: Berendes.

Dem Magistratsantrag über diesen Punkt wird zugestimmt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Jetzt kommen zur Sprache die Anträge und Eingänge.

Die Dringlichkeit wird anerkannt.

Der erste Antrag wird seitens der SPD. gestellt. Er verlangt die Aufhebung von ungesetzlichen Maßnahmen seitens der Fürsorgeverwaltung.

Stadtv. Frl. Amelong (SPD.) gibt einzelne Beispiele bekannt, die nach ihrer Ansicht ungesetzlich sind. Z. B. ist die Anrechnung von Renten ungesetzlich nach Ansicht der Rednerin. Auch Mündel- und Waisengelder dürfen nicht in Anrechnung gebracht werden. „Die Stadtverwaltung Witten hat den Boden der Gesetzlichkeit verlassen, und wir verlangen, daß diese Maßnahmen zurückgezogen werde." Die Richtsätze sollen eine Grenze nach unten und nicht nach oben sein. Frl. Amelong erklärt, daß sie auch in der Lage sei, Namen zu nennen.

Stadtv. Reinert (K.) kommt auf die Ausführungen von Frl. Amelong zu sprechen und sagt, daß die Angelegenheit den Beweis liefert, mit welch brutalen Mitteln die Stadtverwaltung vorgeht. „Wir stellen fest, daß im Aeltestenausschuß die SPD. und das Zentrum vertreten sind. Das Gerede von Frl Amelong wird morgen in allen Zeitungen stehen. Wir aber sind ungehört geblieben. Dann kommt der Redner noch auf Einzelfälle zu sprechen. Redner beschwert sich darüber, daß die Anträge seiner Partei alle in den Papierkorb gewandert seien, obwohl sie sich mit derselben Materie befaßt hätten. Die Maßnahmen der Stadtverwaltung sind drakonisch. Redner bewegt sich zum Schluß im politischen Fahrwasser.

Stadtv. Junkermann (K.) unterstreicht die Behauptungen seines Parteigenossen und dient mit einzelnen Beispielen. „Die Wunden, die die Stadtverwaltung schlägt, sind schlimm" Er zieht auch das Einkommen der Wohlstandsarbeiter in die Debatte; ferner die Räumungsklagen. „Wenn wir die Macht hätten, würden wir die Stadtverwaltung zum Teufel jagen. Ihre Politik, Herr Reermann und Kraus, hat nichts mit Nächstenliebe zu tun."

Stadtv. Novakowski (K.) legt die Frage vor, wen man für all die Dinge verantwortlich machen müsse. Redner verliest alsdann einen Zeitungsartikel, der sich mit der Person des Herrn Schlischo beschäftigt. Alles wird eingespart auf Kosten der Armen. Lehrer Heizwebel hat seinen Posten als Stadtverordneter niedergelegt, weil er nicht mehr mitmachen wollte. Nicht Marxismus regiert, sondern der deutschnationale Oberbürgermeister. Diese Dinge dürfen in Witten nicht so weitergehen.

Stadtv. Zabel (SPD.) Die Kommunisten sind in der Minderheit und müssen mit den Dingen vorlieb nehmen. Sie wollen die Schuld von einem auf den anderen schieben. (Gelächter bei den Kommunisten.) Im übrigen ist der Oberbürgermeister dafür da, nach dem Gesetze zu handeln. Er soll das Elend beseitigen. Jeder Mensch hat das Recht zu leben, wir sollen niemand das Leben verbittern, sondern das Elend beseitigen. Redner spricht dann noch über die Behandlung der Sozialrentner usw.

Stadtv. Reermann (Ztr.) kommt auf den Gebrauch der Mündelgelder seitens des Wohlfahrtsamtes zu sprechen. Das Mündelgeld selbst muß unangetastet bleiben, nur die Zinsen dürfen angegriffen werden.

Stdtv. Kraus (Ztr.) wendet sich gegen die Kommunisten. Die Machtbefugnisse des Aeltestenausschusses sind sehr beschränkt. Was soll der Aeltestenausschuß mit den kommunistischen Anträgen anfangen? Ihre Anträge bedeuten doch nur Agitation. Sie, Herr Reinert, haben ja gar nicht die Absicht, den Armen zu helfen, Sie wollen nur die Gegensätze auf die Spitze treiben, um ihr Ziel zu erreichen, zur Macht zu kommen, von der Sie übrigens noch weit entfernt sind. Sie können doch nicht verlangen, daß wir Ihnen die Mittel liefern, uns zu vernichten. — Sieht der Amtsbeigeordnete Schlischo so aus, als ob er sich als Prügelknaben gebrauchen ließ; sieht der Stadtrat Zimmermann so aus, als ob er Schlischo als Prügelknaben vorschieben könne? (Große Heiterkeit.) Sie, Frl. Amelong haben dem Magistrat **Rechtsbeugung** vorgeworfen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Magistrat das bewußt getan haben soll. Wir wissen, daß das Maß der Unterstützung sich richten muß nach dem Maß der Kräfte. Mittel zu schaffen, steht auch nicht in unserer Macht. Ich habe den Wunsch, daß vom Magistratstisch die Vorwürfe entkräftet werden.

Beigeordneter Bewig: Ich muß es glatt verneinen, daß den Magistrat irgend eine Schuld trifft. Die Frage ob Rechtsbeugungen vorgekommen, bedarf sorgfältiger Prüfung. Ein noch so tüchtiger Jurist wird die Anschuldigungen von Frl. Amelong nicht so ohne weiteres entscheiden können. Die Stadtverordneten müssen dem Magistrat schon Zeit gönnen, den Rechtsstandpunkt zu klären. Die getroffenen Maßnahmen bezwecken die richtige Verteilung. Beim Oberbürgermeister sind keine Anregungen eingegangen, gegen Rechtsbeugungen einzuschreiten.

Beigeordneter Schlischo: Ich möchte etwas Persönliches sagen: Meine Stellung als Dezernent des Wohlfahrtsamtes ist eine der schwersten, die eine Gemeinde zu vergeben hat. Wenn das einer nicht anerkennen will, dem ist nicht zu helfen. Aber es ist mir eine Ehrenpflicht, wenn ich an solcher Stelle stehe, zu helfen. Leider ist es soweit gekommen, daß mancher Arbeiter, wenn er erwerbslos ist, die Stadt dafür verantwortlich macht. Man sagt: die Stadt ist schuld, daß die Zechen und Fabriken stilgelegt wurden. Aber solch ein Gerede muß ein Ende nehmen. Wenn von der Herabdrückung der Unterstützungsgelder geredet wird, so muß ich erwidern, daß diese von der Behörde diktiert worden sind. Dazu hat die Stadtverwaltung nichts getan und auch nicht gewollt. Es ist dem Herrn Oberbürgermeister zu verdanken, daß er statt 12 Prozent nur 4 Prozent abgestrichen hat.

Wenn einzelne Klagen laut werden, so wolle man bedenken, daß die öffentliche Wohlfahrt in unserer Stadt 18 000 bis 19 000 Seelen zu betreuen hat. Hat man Klagen, dann möge man Roß und Reiter nennen, damit eine Untersuchung stattfinden kann. Sie können durch Beschluß keine Mehr- und Höherbelastung herbeiführen. Sie können Beschlüsse fassen, aber nicht durchführen. Sie wollen bedenken, daß Witten die älteste Gemeinde ist, wo Stillegungen erfolgt sind; andere Gemeinden folgten viel später. Dem Stadtv. Reinert erwidere ich, daß die Stadtverwaltung außerordentlich dankbar ist für das, was an privater Winterbeihilfe geleistet worden ist; es verdient höchste Anerkennung, was von den Bäckern, den Milchhandlern, den Metzgern, den Kaufleuten gegeben worden ist und noch weiter in Aussicht gestellt wird. Dafür danke ich in aller Oeffentlichkeit. Man darf keine Kritik üben an dem ‚was Gutes getan wird; aber die Kommunisten wollen der Oeffentlichkeit nur Sand in die Augen streuen. Wenn Sie Kritik üben wollen, dann seien Sie gerecht; dann können Sie Kritik üben, unbekümmert ‚ob Schlischo oder Zimmermann Wohlfahrtsdezernent ist.

Stadtv. Erner (K.) Wenn man helfen will, dann ist es ungehörig, darüber zu spotten. Das ist unerhört. Ich wundere mich über die Vorwürfe von Frl. Amelong, wenn sie von Rechtsbeugung spricht. Der Vorwurf der Rechtsbeugung trifft nicht zu, weil Sie (zur Rednerin) den Sinn des Vorwurfs nicht kennen. Auch kennen Sie den Sinn der gesetzlichen Bestimmungen nicht. Wenn man sich auf das Rechtsgebiet begibt, kommt man leicht ins Rutschen. Redner rechnet des weiteren mit Frl. Amelong über Rechtsbegriffe ab. Derartige Anwürfe gegen die Stadtverwaltung sind nicht am Platze. Die einzelnen Fälle müssen genau festgestellt werden.

Stadtv. Hesmer (SPD.), die Fraktion hat den Antrag eingereicht und nicht Frl. Amelong. Vom Magistrat wird um die Sache herumgegangen. Redner versucht alsdann die Vorwürfe gegen seine Partei zu entkräften.

Zur Geschäftsordnung beantragt Stadtv. Pleuger Schluß der Debatte.

Stadtv. Kraus (Ztr.) bittet den Antrag Amelong so zu formulieren, daß geprüft werden soll, ob Ungesetzlichkeiten vorgekommen sind.

Die Stadtv. Amelong (SPD.) hält ihren Antrag **aufrecht; bei der Abstimmung ergibt sich Annahme des Antrages Amelong mit 20 gegen 16 Stimmen.**

Es kommt der Antrag der SPD., wonach die Schulspeisung sofort aufgenommen werden soll, zur Sprache. Die Dringlichkeit wird anerkannt.

Stadtv. Zarges (SPD.) kommt auf die große Not zu sprechen, die den Grund zu obigem Antrag gegeben hat.

Reinert (Komm.) ist ebenfalls für den Antrag.

Nowakowski (Komm.) schließt sich dem Vorredner an und streift die finanzielle Seite: 10 000 Mark seien eingesetzt.

Die Abstimmung ergibt Annahme des Antrages.

Darauf kommen die Anfragen der Kommunisten zur Sprache.

U. a. wird gefragt, warum der Antrag betr. Winterbeihilfe, der in der letzten Sitzung angenommen wurde, nicht durchgeführt wird. Was aus den Anträgen, die in der vorigen Sitzung eingereicht worden sind, geworden ist? Nach welchen Grundsätzen wird die Bedürftigkeit bei Bezug der Wohlfahrtsunterstützung festgestellt?

Beigeordneter Schlischo und Stadtrat Zimmermann geben Aufklärung.

Wegen Abbau der Lehrkräfte wurde mitgeteilt, daß bereits abgebaut worden sind 3 ev. Lehrerinnen und ein Lehrer. Am 1. 12. werden aufgehoben eine technische Lehrerstelle und eine Lehrerstelle in Bommern. Am 1. 2. 1932 wird in den Ruhestand treten ein Konrektor.

Weil wegen vorgeschrittener Stunde der Saal schon sichtlich gelichtet war — auch der Magistratstisch leerte sich zusehends — verließen auch die Berichterstatter um 8 Uhr den Platz ihrer Wirksamkeit.

Die 31 köpfige Diebesbande

vor dem Richter. — Zweiter Verhandlungstag.

Essen, 26. Novbr. Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages kam es gleich nach der Leibesvisitation der Angeklagten zu einem Zwischenfall. Als nämlich die Tür zum Zuschauerraum geöffnet wurde, wurden einige Frauen von der hinter ihnen drängenden großen Zahl von Neugierigen durch die Tür gedrängt. Eine Frau fiel in Ohnmacht. Da die Einlaßbegehrenden immer schlimmer nachdrängten, erhob ein Wachtmeister den Gummiknüppel. Die Folge davon war, daß die Angeklagten sich im Nu von der Anklagebank erhoben, laut gegen das Vorgehen des Wachtmeisters protestierten und rebellisch zu werden drohten. Der Zuhörerraum wurde sofort geschlossen, und die im Saale anwesenden Polizeibeamten hielten gemeinsam mit den Justizwachtmeistern die Angeklagten in Schach.

Nach Eintritt in die Verhandlung gerieten Ribatzki und Papenhoff in eine erregte Auseinandersetzung, da Ribatzki bei seiner Vernehmung über ein Dutzend Einbrüche in Essen und Duisburg fast stets Papenhoff der Mittäterschaft bezichtigte, während dieser seit 1918 mit R. überhaupt nicht mehr auf Diebesfahrt gegangen sein will. Er nannte ihn Polizeispitzel, der seine Kollegen stets „verspunden" habe, nachdem er seinen Anteil in Sicherheit gebracht habe.

Der Angeklagte Rutzki, der ebenso wie Knoll an den Diebstählen in Duisburg beteiligt gewesen sein soll, aber ebenso wie Knoll leugnet, läßt fünf Gefängnisinsassen aufmarschieren, die in ihren Zellen Gespräche zwischen Ribatzki und Rutzki angehört haben. Auf die erstaunte Frage des Vorsitzenden, wie es denn möglich sei, daß die Gefangenen im Untersuchungsgefängnis miteinander sprechen könnten, wurde er dahin belehrt, daß dies von Fenster zu Fenster über den Gefängnishof hinweg und zwar von einer Seite zur anderen hin sich machen lasse, wobei die Inhaftierten sich auf den Tisch stellen müßten. Die Zeugen bekundeten, gehört zu haben, daß Ribatzki dem Rutzki zugerufen habe, letzterer habe nichts mit den Einbrüchen zu tun. Ribatzki sagte, daß er aus Angst vor den Mitgefangenen so gehandelt habe, weil er nach seinem Geständnis befürchtete, daß man ihm des Nachts den Hals abschneiden würde. Fast alle Angeklagten sagen Ribatzki wegen seines Geständnisses noch eine Reihe „Schmeicheleien".

Die Sitzung wurde dann vertagt.

*

Der Prozeß gegen die Dortmunder Nationalsozialisten.

Hagen, 26. Novbr. Die Zeugenvernehmung im Prozeß gegen die Dortmunder Nationalsozialisten über die Schießerei in der Mittelstraße in Hagen wurde fortgesetzt. Sie brachte nichts wesentlich Neues. Die Zeugenaussagen waren außerordentlich gegensätzlich. Es ging im wesentlichen darum, ob die nachfolgenede Menge die Nationalsozialisten bedroht hat und aus welcher Entfernung geschossen worden ist. Rechtsanwalt Freißler wandte sich zu Anfang gegen die tendenziöse Berichterstattung der „Volksstimme", die bereits das Urteil vorweg nehme und von Arbeitermördern rede. Der Vorsitzende richtete deshalb an die Presse die Bitte, sich möglichst der Sachlichkeit zu befleißigen. Die Widersprüche in den Zeugenaussagen gehen soweit, daß die Nationalsozialisten nach der einen Darstellung aus zwei Meter Entfernung geschossen haben. Von Interesse war ein Plakat, das ein Zeuge beibrachte, das über die Ankündigung von der Kundgebung an den Plakatsäulen von Kommunisten geklebt worden ist. In diesem Plakat heißt es u. a.: „Feinde des Volkes sind die Nazis! Arbeitermörder müssen verschwinden! Die Straße gehört dem Arbeiter! Waffen heraus zum Kampfe!" usw. Die Verhandlung wurde vertagt.

Preußischer Landtag

Berlin, 27. November.

Bei Eröffnung der Donnerstagsitzung des Preußischen Landtages widmet Vizepräsident Dr. von Kries dem plötzlich verstorbenen Abg. Grebe (Ztr.) einen ehrenden Nachruf. Das Haus setzt die allgemeine Aussprache über die

Verschärfung der Geschäftsordnungsbestimmungen

fort. Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) erklärt, eine ganze Reihe der neuen Bestimmungen habe nur den Zweck, die kommunistische Fraktion bei der Wahrnehmung der Interessen der werktätigen Massen zu behindern. Abg. Biester (Dt.-Hann.) beschwert sich darüber, daß die neue Geschäftsordnung offenbar dazu dienen solle, die kleinen parlamentarischen Gruppen zur gänzlichen Einflußlosigkeit zu verurteilen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Bei der Einzelbesprechung der neuen Geschäftsordnungsvorschriften richteten die Kommunisten sehr heftige Ausfälle gegen die Regierungsparteien. Da von anderen Fraktionen keine Wortmeldungen vorlagen, löste immer ein kommunistischer Redner den anderen im Sprechen ab. Sie nutzten dabei die ihnen für jeden der Paragraphen der neuen Geschäftsordnung zustehende Redezeit von 10 Minuten voll aus, so daß das Ende der Sitzung nicht abzusehen gewesen wäre. Abg. Baumhoff (Zentrum) beantragte daher Unterbrechung der Sitzung und Verkürzung der Redezeit durch den Altestenrat. Der Antrag wurde darauf unter lautem Protest der Kommunisten angenommen.

Der auf sofort einberufene Aeltestenrat beschloß eine erhebliche Kürzung der Redezeit dadurch, daß die einzelnen Paragraphen abschnittweise zusammengefaßt wurden. Nach 1½stündiger Unterbrechung wurde die Vollsitzung wiederaufgenommen.

Neueste Nachrichten

Berlin und die Kammerrede Lavals.

Berlin, 26. Novbr. Die Kammerrede des französischen Ministerpräsidenten Laval hat in Berliner politischen Kreisen keine Ueberraschungen ausgelöst. Man hat derartige Aeußerungen erwartet, zumal da bei der Rede Erfordernisse der französischen Innenpolitik Pate gestanden haben dürften. Bezüglich der kommenden Tributverhandlungen dürften die Aeußerungen Lavals von dem Wunsche diktiert worden sein, schon jetzt Höchstforderungen aufzustellen. Wenn Frankreich nach diesen Erklärungen lediglich gewillt ist, sich nur auf vorläufige Abmachungen für die Dauer der Krise einzulassen, so steht dem gegenüber nach wie vor die deutsche Auffassung, die gerade deshalb eine endgültige Vereinigung fordert, weil die gegenwärtige Krise nicht zuletzt durch die politischen Zahlungslasten Deutschlands verschuldet ist und weil sie ohne endgültige Regelungen auch nie behoben werden kann. Die Feststellung Lavals, daß Frankreich nur in dem Maße zurückzustehen bereit sei, in dem auch die Gläubiger Frankreich Nachlaß gewähren, betrifft das Verhältnis der ehemaligen Alliierten im Weltkrieg. Die von Laval Deutschland nachgesagte Verschwendungssucht schließlich dürfte auf einer gänzlichen Verkennung der Tatsache beruhen, daß das durch den Krieg stark mitgenommene und durch den Versailler Frieden gänzlich ausgeplünderte Deutschland dringend des Wiederaufbaues und also der Reparationen im eigenen Lande bedarfte.

Abg. Grebe im Landtagsgebäude gestorben.

vdz. **Berlin,** 26. Novbr. Heute vormittag ist der Abgeordnete der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages, Prof. Grebe, Osnabrück, im Landtagsgebäude einem Herzschlag erlegen. Der Verstorbene vertrat den Wahlkreis Weser-Ems für das Zentrum und ist Mitglied des Hauses seit der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung von 1919. Prof. Grebe stand im 59. Lebensjahr. Prof. Grebe war Mitglied des Reichsparteivorstandes der Deutschen Zentrumspartei und des Landesausschusses der Preußischen Zentrumspartei. Er ist Erster Vorsitzender der Zentrumspartei der Provinz Hannover gewesen.

Aus der Wirtschaftspartei.

vdz. **Berlin,** 27. Novbr. Die Fraktion der Wirtschaftspartei im preußischen Landtag wählte an Stelle des Abg. Ladendorff, der im Zusammenhang mit der Affäre der Bank für Handel u. Grundbesitz seine Parteiführung niedergelegt hatte, den Abg. Großke zum Fraktionsvorsitzenden.

100 000 Mark unterschlagen.

Nürnberg, 27. Novbr. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, sind bei der Zweigstelle Nürnberg der Städtischen Sparkasse Koburg Unterschlagungen in Höhe von etwa 100 000 Mark vorgekommen. Die Unterschlagungen hat der Angestellte der Sparkasse Schmidt begangen, der sich zurzeit in Untersuchungshaft befindet. Die Veruntreuungen sollen bereits 1¾ Jahre zurückliegen.

Prittwitz Ehrendoktor der Atlantic University.

Washington, 26. Novbr. Der Präsident der Atlantic University in Virginia Beach überreichte heute dem deutschen Botschafter von Prittwitz das Diplom des Ehrendoktors der Rechte nebst Doktorhut sowie einen von den deutsch-stämmigen Bewohnern der benachbarten Stadt Norfolk, Virginia, gestifteten Doktortalar.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen sagen wir allen, besonders der Schwester Ella für ihre aufopfernde Pflege, sowie Herrn Pastor Müller für seine trostreichen Worte am Grabe unseren

innigsten Dank.

Dietrich Pierdekämper
nebst Kindern.

Central-Theater
Annen.

Ab Freitag, 27. bis Montag, 30. Novbr.
zeigen wir den 100% Albö-Tonfilm

Schneider Wibbel

Köstliches Lustspiel in 10 Akten.

Im Beiprogramm:

Ludwig der Zweite
König von Bayern
mit Wilhelm Dieterle.

Die Tragödie eines unglücklichen Menschen. Dieser Film hält sich bewußt fern von allen Legenden und Vermutungen, er stützt sich nur auf streng historische Tatsachen.

Auf falscher Fährte
Wild-West-Schlager.
Tempo, Spannung, Sensation!

Sonntag nachmittag 2 Uhr Jugendvorstellung. Eintritt 20 Pfg.



Hausfrauen spart!
Kauft beim Fachmann am Platze!

Ia Rindfleisch Pfund **65** Pfg.
Ia Schweinefleisch Pfund **75** „
ohne Unterschied der Stücke, Lummerstück, Nackenstück, Koteletts

durchwachs. Schweinefleisch Pfd. **65** Pfg.
Zungenwurst, Schwartemagen, Kalbsleberwurst, Hausmacher Leberwurst, Jagdwurst, Bierwurst . . . . . **80** „
Außerdem noch 5% Rabatt in grünen Rabattmarken.

Richard Klevinghaus
Holzkampstr. 10.



Verein der Haus- und Grundbesitzer
von Annen-Rüdinghausen e. V.

Wir suchen zum 1. Januar k. Jrs. eine gute

5 Zimmer-Wohnung.

Meldung bei dem Vorstande.

Der Vorstand.

Advent-Lichter
Kleinkunst-Artikel
aus Holz in Handmalerei
Advent-Postkarten

in reicher Auswahl vorrätig bei

Fritz Küching,
Buchhandlung.

Olympia
SCHREIBMASCHINE

Achtung! Gelegenheit!

Tisch 1
Damen-Schlüpfer mit molligem Futter, alle Größen . . . Stück **0.75**
Damen-Schlüpfer Ia Qualität, mit weißem Pelzfutter, alle Größen . Stück **1.50**

Tisch 2
Herren-Unterhosen wollgemischt, echt Mako oder schwere Futter-Qualität Stück **1.95**
Herren-Einsatzhemden mit Trikotin-Einsätzen, alle Größen . . . Stück **1.45**

Tisch 3
Herren-Biberhemden aus prima ungebleichtem Cöper-Biber . . . Stück **2.00**
Herren-Normalhemden wollgemischt, Ia Qual., mit Doppelbrust, alle Gr. Stück **2.50**



Tisch 4
Damen-Unterkleider mit kunstseidener Decke und Flauschfutter, alle Gr. Stück **2.50**
Damen-Unterkleider Charmeuse maschenfest, eleg. Garnierung, alle Gr. Stück **3.95**

Tisch 5
Kissen-Bezüge aus Ia Linon, mit handgezogenem Hohlsaum oder kunsts. Einsätzen **0.95**
Damen-Nachthemd mit Handklöppel oder reicher Feston-Garnitur **2.95**

Tisch 6
Damen-Strümpfe mit künstlicher Seide plattiert, moderne Farben . . **0.95**
Damen-Strümpfe Ia reinwollen Kaschmir, mit Doppelsohle und Spitzhochferse, moderne Farben **2.00**

Alsberg & Blank • Witten

Statt besonderer Anzeige.

Gestern abend 7 Uhr verschied nach langem schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Eduard Kathagen
Caroline geb. **Ulmke**

im 60. Lebensjahre.

Mit der Bitte um stille Teilnahme
namens der trauernden Hinterbliebenen:
Eduard Kathagen.

Essen, Michaelstraße 16, Unna, Castrop, Iserlohn und Annen, den 25. November 1931.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 28. November 1931, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofshalle in Annen aus statt.

Die Ueberführung nach Annen erfolgt Freitagmittag 12 Uhr in aller Stille.

Die Parole lautet: Nur immer wieder:

Otto Mess, Bebelstr. 2
Das führende Lebensmittelgeschäft am Platze

Freitag und Samstag
doppelte Rabattmarken

Bierwurst . . . Pfund nur **49** ₰
Plockwurst schnittfest Pfund nur **98** ₰
Leber- u. Blutwurst Pfund nur **39** ₰
Speck hiesig. mag. geräuchert Pfund nur **92** ₰
Sülze fein im Geschmack Pfund nur **35** ₰
Schöne dicke **Eier** . . . . 10 Stück nur **90** ₰

Reklamekaffee aus eigener Großrösterei! mit Marken 1/4 Pfd. nur **50** ₰

Auf alle Brotsorten
bis auf weiteres
10% Rabatt!



Sportleute!

Schützt Euch gegen Erkältungen der Atmungsorgane. Das bewährte Mittel bei Husten, Heiserkeit und Katarrh sind die seit Jahrzehnten berühmten

Kaiser's Brust-Caramellen mit den 3 Tannen

Zu haben in Apotheken, Drogerien und wo Plakate sichtbar.

Kluge Frauen verwenden täglich **CREME MOUSON** das mattierende Hautpflegemittel. Gesicht und Hände bleiben – trotz Hausarbeit – zart und geschmeidig, Rauhe, spröde Haut heilt in wenigen Stunden.

Wölfe, Bären und Banditen

Das riecht nach Abenteuern. Ja, Jungs, wenn Ihr Sibirien kennen lernen wollt, dann müßt Ihr mit Joseph M. Velter dorthin reisen. Da spürt man in jeder Zeile, daß der Mann alles erlebt hat, da kommt der schwatzhafte Karl May mit seiner Schreibstubenphantasie nicht mehr mit. Hinten in dem Buche von Velter ist ein Bilderanhang mit richtigen Aufnahmen, und auf einer ganz famos gezeichneten Karte könnt Ihr fast jeden Schritt und Tritt der Sibirienwanderer verfolgen. Eine abenteuerliche, aber nutzbringende Erdkunde steckt in diesem Buche: **Wölfe, Bären und Banditen.** **Geheftet 2.90 Mk.; in stark. Leinen gebunden 3.90 Mk.**

Zu haben bei

Fritz Küching, Annen

Hindenburg-Polytechnikum Oldenburg i.O.
Ausbildung von Ingenieuren aller Fachrichtungen

Man schreibt heute auf Olympia!

Industrie, Handel und Behörden
kennen und schätzen
die Vorzüge unserer
Olympia
SCHREIBMASCHINEN
und
BUCHUNGSMASCHINEN
mit „SALDOMAT"

Erleichterte Zahlungsbedingungen Schreibmaschinen mietweise

Europa Schreibmaschinen A. G.

Verkaufsbüros:
Berlin N 24, Friedrichstr. 110-112, Breslau, Kaiser-Wilhelm-Str. 88-90, Dresden, Neustädter Markt 11, Düsseldorf, Oststr. 51, Erfurt, Mainzerhofpl. 13, Frankfurt M., Friedensstr. 2, Hamburg, Kaiser-Wilh.-Str. 25-31, Hannover, Am Schiffgraben 15, Köln, Weissenburgstr. 78, Leipzig C 1, Augustusplatz 7, Magdeburg, Otto v. Guericke-Str. 11, Mannheim N. 7. 5, München, Färbergraben 1, Nürnbg., Marientorgraben 11, Stuttgt., Tübinger Str. 33, Köln, Hohenzollernring 46.

Düsseldorf
Oststr. 51
Tel.: 15417

16|Dtm.

Vertreterbesuch unverbindlich

Briefpapiere
in feinster Ausführung
empfiehlt
Fritz Küching, Buchhandlung